

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Hilary Barnes

Das dänische Nein zu Maastricht
Hintergrund und Perspektiven.....84

Jens Peter Jensen

Ostseejugendbüro hilft Grenzen überwinden.....101

Wolfgang Schmidt

Betriebliche Bildung und Management
Ein deutsch-dänischer Studiengang.....107

Jörn-Peter Leppien

Denkmäler und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein Sie-
ben Thesen zur Vermittlung von
Regional- und Zeitgeschichte.....111

Artur Thomsen

Die Debatte um den Idstedt-Löwen.....118

Ute Erdsiek-Rave

Gemeinschaftsprojekt Grenzlandmodell ausbaufähig!
Aspekte zukünftiger Minderheitenpolitik.....123

Umschau ab Seite 125

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 2398 Harrislee Artur
Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg Redaktionsanschrift:
Hafendamm 15, 2390 Flensburg Gesamtherstellung: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 2390 Flensburg

Das dänische Nein zu Maastricht

Hintergrund und Perspektiven

von HILARY BARNES*

Alles in allem glaubten die Nein-Sager, ein gefährliches Ungeheuer zu bekämpfen“

(Mogens Lykketoft, politischer Sprecher der Sozialdemokratischen Partei im Folketing, am 18.6.1992).

1. Einleitung

Am 2. Juni 1992 ging knapp über die Hälfte der dänischen Wählerschaft zu den Wahlurnen, um ein Ungeheuer, ein mehrköpfiges supranationales Ungeheuer zu erschlagen, das ihnen alles - von der Farbe ihres Badewassers bis zur Farbe des Reisepasses - vorzuschreiben drohte. Das Ungeheuer gierte nach mehr: nach einer einheitlichen Währung, einer gemeinsamen Außen- und Währungspolitik, ja sogar nach einer europäischen Armee; und das Ungeheuer unterstand eindeutig keiner wirklichen Kontrolle durch das Volk. Nachdem es von 1,6 Mio. dänischen Wählern mit der Axt getroffen worden war, lag es sich krümmend am Boden, und die Ärzte sind sich noch immer nicht einig, ob es tödlich verletzt oder kurz davor ist, wieder aufzuspringen und die axtschwingenden Dänen in einem Anfall von Bösartigkeit anzugreifen.

Bei einer Wahlbeteiligung von 82,9% stimmten beim Referendum über den Vertrag von Maastricht, dessen Ausgang den Gesetzgeber bindet, 50,7% gegen und 49,3% für den Vertrag. Die Wähler hatten für diesen Schlag schon lange trainiert. Sie haben 1992 die Europäische Union abgelehnt, da ihnen seit 1972 von ihren politischen Führern ständig erzählt worden war, die Europäische Gemeinschaft sei ein wirtschaftliches Gebilde und habe mit Politik wenig zu tun. Selbst die 49,3%, die für den Vertrag stimmten, taten dies weniger aus Begeisterung für die Vision eines vereinten Europas als vielmehr, weil ihnen die Perspektiven eines abseits stehenden Dänemarks wenig zukunftssträchtig erschienen.

Die Wähler waren sicherlich über die Auswirkungen ihrer Entscheidung auf das übrige Europa erstaunt und sonnten sich einige Wochen im Bewußtsein ihrer eigenen Bedeutung. Viele Wähler waren vielleicht auch über die schwerwiegenden Folgen erstaunt, die ihr Nein für Dänemark haben kann, wenn sich die Dinge für sie ungünstig entwickeln.

* Hilary Barnes ist Kopenhagener Korrespondent der „Financial Times“ und des „Observer“ (London) sowie Chefredakteur/Herausgeber von „The Scandinavian Economies“ (Monatszeitschrift für nordische Politik, Wirtschaft und Handel, Kopenhagen).

Die Nein-Wähler glaubten, für die Befreiung von der Tyrannei der Brüsseler Bürokratie zu stimmen. In Wirklichkeit stimmten sie jedoch für Abhängigkeit ohne Einfluß, und wenn es zum Schlimmsten kommt, könnte ihre Entscheidung für sie selbst Abhängigkeit und auch einen niedrigeren Lebensstandard bedeuten. Eine Meinungsumfrage vom 15. Juni, die am 21. Juni in der überregionalen Zeitung „Jyllands Posten“ veröffentlicht wurde, ergab allerdings, daß die Wähler ihre Entscheidung nicht bedauern. Der Widerstand gegen den Vertrag von Maastricht ist auf 60% angestiegen, nur 40% stimmen dem Vertrag zu.

Im Folketing, dem Parlament, stimmten sechs der acht Parteien für den Vertrag, der somit mit 130 gegen 25 Stimmen angenommen wurde. Dafür stimmten die Parteien der Koalition, d.h. die Konservativen und die Liberalen, sowie die Parteien, die im allgemeinen die Regierung unterstützen, d.h. die Radikalliberalen, die Zentrumsdemokraten und die Christliche Volkspartei. Außerdem zählte die Sozialdemokratische Partei zu den Befürwortern, die seit 1982 nicht mehr an der Regierung ist, aber seit Ende der zwanziger Jahre die führende Rolle in der dänischen Politik gespielt hat.

Die Pro-Maastricht-Parteien wurden von beiden Tarifparteien unterstützt. Der Gewerkschaftsrat der LO (Landesorganisation: der dänische Gewerkschaftsbund) beschloß einstimmig eine Wahlempfehlung zugunsten des Maastrichter Vertrages. Fast alle Presseorgane empfahlen ein Ja.

Dagegen waren die ehemals marxistische Sozialistische Volkspartei, die 1949 die Mitgliedschaft in der NATO, 1972 die Mitgliedschaft in der EG und 1986 die Einheitliche Europäische Akte abgelehnt hatte, sowie die rechten Populisten der Fortschrittspartei, die für eine europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber gegen jeglichen politischen Überbau sind und ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen die Übertragung weiterer Befugnisse an die „Brüsseler Bürokratie“ hegen. Das Lager der Nein-Sager wurde durch eine Vielzahl von Organisationen unterstützt, die im Folketing nicht vertreten sind. Dazu gehören auch jene Gruppen der äußersten Linken, die einst ihre Energien in die Friedensbewegung investiert hatten, sowie anti-europäische Bündnisse des rechten und linken politischen Spektrums.

Die Volksbewegung gegen Europa, eine parteienübergreifende Organisation, die zur Bekämpfung des EG-Beitritts 1972 gegründet worden war, erwies sich in der Kampagne von 1992 als eine bedeutende Kraft. Die Bewegung hatte immer einige Mitglieder als Abgeordnete im Europäischen Parlament und besetzt zur Zeit vier der sechzehn Plätze Dänemarks in der Straßburger Versammlung. Die Bewegung, die nicht mehr für den EG-Austritt Dänemarks agitiert, war im Kampf gegen Maastricht eine wichtige organisatorische Plattform.

Bei Parlamentswahlen können die rechten Volksparteien und die links von den

Sozialdemokraten angesiedelten Parteien nicht mehr als 25% der Wählerschaft mobilisieren. In der Frage Maastricht fanden ihre Argumente offensichtlich bei einem wesentlich größeren Teil der Wählerschaft Gehör. Warum?

2. Quellen der Unzufriedenheit

1. Das Erbe des 19. Jahrhunderts

Um mit dem historischen und kulturellen Einfluß zu beginnen: Dänemark ist als Staat ständig kleiner geworden. 1660 verlor es die Provinzen Hailand, Blekinge und Schonen an Schweden, und nach den napoleonischen Kriegen ging Norwegen verloren. Am entscheidendsten war jedoch, daß es 1864 Schleswig-Holstein an Bismarck abtreten mußte (einige der von Bismarck eroberten Territorien wurden 1920 im Versailler Friedensvertrag zurückgegeben).

Die Ereignisse von 1864 hatten traumatische Folgen. Sie erbrachten den endgültigen Beweis, daß Dänemark sich nicht aus eigener Kraft gegen seine größeren Nachbarn verteidigen kann, und führten zu einer nach innen gerichteten politischen und intellektuellen Bewegung, die mit dem Motto gekennzeichnet werden kann: „Was außerhalb verloren wurde, muß im Lande gewonnen werden.“ Diese Bestrebungen führten direkt dazu, daß das Land in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts den Status eines unbewaffneten neutralen Staates annahm und am 9. April 1940 binnen Stunden praktisch widerstandslos vor Hitlers Truppen kapitulierte.

Die Volkshochschulen, die während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, um den Bauern zusätzliche Bildungsmöglichkeiten zu bieten, waren und sind die Träger eines nach innen gerichteten Nationalismus, der durch Antimilitarismus, Neutralismus und eine romantische Sehnsucht nach nordischen Lösungen für außen- und verteidigungspolitische Fragen gekennzeichnet ist. Diese Tradition nährt ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegenüber den Absichten, die die großen europäischen Mächte mit Dänemark verfolgen, sowie die tiefe Überzeugung, daß Dänemark gut beraten ist, sich von engen, verbindlichen politischen Kontakten mit den größeren europäischen Mächten fernzuhalten.

Diese Überzeugung wird auch durch den Erfolg verstärkt, den Dänemark als politisches Gebilde hat. Das Land zeichnet sich durch Stabilität, sozialen Zusammenhalt, Reichtum und Streben nach größtmöglicher Gleichheit aller Bürger aus und verfügt über ein effizientes, umfassendes wohlfahrtsstaatliches System. Es herrscht der Eindruck, daß das Land durch den Beitritt zu einem Europa, dessen Mitgliedstaaten sich durch Instabilität auszeichnen und die in einigen Fällen wesentlich ärmer und insbesondere mit einem weniger umfassenden

Wohlfahrtssystem ausgestattet sind, nichts zu gewinnen hat. Die Fortschrittspartei machte viel Wesens darum, daß die Staatsbürger anderer EG-Länder die Gelegenheit zum „Sozialtourismus“ hätten, d.h. nach Dänemark zu gehen und dort in den Genuß dänischer Sozialleistungen zu kommen. Im linken Spektrum führte die Volksbewegung gegen den Gemeinsamen Markt das Argument ins Feld, ein Votum zugunsten Maastrichts bedeute niedrigere Renten.

Der Einfluß der Folgen des Traumas von 1864 auf die politische Kultur Dänemarks ging von dem Moment an deutlich zurück, als Dänemark 1949 der NATO und 1973 der EG beitrug. Sie sind aber immer noch ein bedeutender Faktor im politischen und kulturellen Leben des Landes und erklären teilweise auch, warum das dänische Verhältnis zur NATO gelegentlich kompliziert war und warum die Dänen, lange nachdem sie im Referendum von 1972 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit den EG-Beitritt beschlossen hatten, weiterhin so viele Vorbehalte gegen die Europäische Gemeinschaft äußerten.

2. Die überragende Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren

Die Skepsis gegenüber der politischen Integration Europas - eine Skepsis, die sich direkt auf die Ereignisse im Jahr 1992 auswirkt - wurde 1972 sehr deutlich sichtbar. In der Nachkriegszeit band sich Dänemark im wesentlichen aus politischen, aber auch aus handelspolitischen Gründen eng an Großbritannien: Großbritannien war der bei weitem größte Absatzmarkt für dänische Agrarerzeugnisse. Die dänische Politik der sechziger Jahre folgte der Linie, einen EG-Beitritt nur dann in Erwägung zu ziehen, wenn das Vereinigte Königreich ebenfalls der Gemeinschaft beiträte. Als sich dieses dann zum Beitritt entschloß, blieb Dänemark kaum eine andere Wahl. Ohne den Beitritt hätte Dänemark den Zugang zum britischen Agrarmarkt verloren und den zum kontinentalen Markt nicht bekommen. Außerdem wäre ihm die Möglichkeit subventionierter Exporte in Drittländer versagt geblieben.

Die Entscheidung, der EG beizutreten, wurde den Wählern daher als eine vorwiegend wirtschaftliche Entscheidung dargestellt. Die politischen Bestrebungen der Väter der Verträge von Rom wurden heruntergespielt, wenn nicht gar völlig übersehen. Nach 1973 änderte sich nichts. Bis 1990 war „Union“ ein negativ besetzter Begriff und ein Konzept, mit dem praktisch kein einflußreicher Politiker in Verbindung gebracht werden wollte. 1986 versicherte Poul Schlüter, der Vorsitzende der Konservativen Partei und seit September 1982 (immer noch amtierender) Premierminister, den Wählern: „Die Union ist tot.“

Als 1986 ein Referendum über die Zustimmung zur Einheitlichen Europäischen Akte abgehalten wurde, ging es erneut um eine wirtschaftliche Entscheidung.

Nur wenige Politiker hatten den Mut (Uffe Ellemann-Jensen, seit 1982 ununterbrochen Außenminister, war einer von ihnen), auf die politischen Implikationen der zunehmend enger werdenden Integration der europäischen Volkswirtschaften hinzuweisen.

Die Politiker wurden natürlich vom Gang der Ereignisse mitgerissen, als in Europa eine Dynamik dahingehend entstand, durch den späteren Vertrag von Maastricht die Gemeinschaft auf ihrem Weg zu einer „immer engeren Union der europäischen Völker“ einen Schritt weiter zu bringen. Der Fall der Berliner Mauer und die darauf folgenden Ereignisse in Osteuropa und der Sowjetunion überzeugten schließlich die Politiker jener Parteien, die dann für den Vertrag von Maastricht stimmten, ihren Widerstand gegen die weitere politische Integration aufzugeben. In der dänischen Diskussion über diese Fragen spielte das Argument, ein liberales, demokratisches und wiedervereinigtes Deutschland müsse unbedingt in ein liberales, demokratisches Europa eingebunden sein, eine ausschlaggebende Rolle.

1990 Unterzeichnete die Regierung mit Unterstützung der anderen nichtsozialistischen Pro-Maastricht-Parteien und der der Opposition angehörenden Sozialdemokraten ein gemeinsames Memorandum, in dem eine einverständliche Grundlage für die dänische Position in den Verhandlungen, die zum Vertrag von Maastricht führten, festgelegt wurde. Der Hauptvorbehalt gegen die Vorschläge der anderen Regierungen war, daß Dänemark kein Dokument unterzeichnen könne, das rechtlich bindende Verpflichtungen hinsichtlich einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, geschweige denn einer europäischen Armee beinhalten würde.

Während sich die Politiker von ihrer Position der siebziger und achtziger Jahre entfernten, traf dies jedoch für die Wähler nicht zu. Mehr als 20 Jahre lang war ihnen gesagt worden, die europäische Integration sei eine wirtschaftliche Angelegenheit; nun waren sie nicht vorbereitet, als die Politiker schließlich eingestehen mußten, daß es bei der europäischen Integration in Wirklichkeit um die politische Zukunft Europas ging.

3. Die Probleme der Sozialdemokratischen Partei

Die Kluft zwischen den Politikern und den Wählern, über die in der Folge des Referendums vom 2. Juni viel geschrieben worden ist, war in Wirklichkeit eine Kluft zwischen den Anhängern der Sozialdemokratischen Partei und deren Führung. Die Anhänger der Konservativen und die der Liberalen Partei waren, genauso wie die Anhänger der Zentrumsdemokraten, mit überwältigender Mehrheit Maastricht-Befürworter. Die Radikalliberale Partei (in den dreißiger Jahren der Urheber der Neutralitätspolitik) und ihre Anhänger waren zutiefst gespalten, und dies galt auch für die Anhänger der Christlichen Volkspartei. Es waren aber

die Probleme in der Sozialdemokratischen Partei, die den Ausgang des Referendums so entscheidend beeinflussten. Ungefähr Dreiviertel ihrer Anhänger stimmten am 4. Juni mit Nein.

Natürlich hätte die Partei ihre Anhänger leichter überzeugen können, wenn sie an der Regierung gewesen wäre. Anti-Maastricht-Gefühle der Linken wurden zweifellos dadurch verstärkt, daß der Vertrag als das Werk einer nichtsozialistischen Regierung betrachtet wurde. Im Grunde erhielt die Führung der Sozialdemokratischen Partei am 2. Juni die wohlverdiente Strafe für das Verhalten, das sie an den Tag gelegt hatte, seit sie 1982 in die Opposition ging.

Seit 1982 herrscht im Folketing eine merkwürdige Situation. Die Regierung verfügt in innenpolitischen Fragen über die Mehrheit, befindet sich jedoch in außenpolitischen Fragen, bei denen sie von den Sozialdemokraten, den Radikalliberalen und der Sozialistischen Volkspartei gemeinsam überstimmt wird, durchweg in der Minderheit. Die Sozialdemokraten erwiesen sich als unfähig, der Versuchung zu widerstehen, die Regierung zu demütigen. Die „alternative Mehrheit“ zwang die Regierung, NATO-Kommuniqués mit einer langen Reihe von Fußnoten zu versehen, weil die Mehrheit im Folketing den „Doppelbeschuß“ von 1979 nicht akzeptieren konnte, obwohl die Sozialdemokraten, als sie noch an der Regierung waren, dem Beschuß zugestimmt hatten.

1988 war die außenpolitische Mehrheit kurz davor, die Regierung zu zwingen, von allen NATO-Schiffen, die in dänische Gewässer einfuhren, eine Erklärung zu verlangen, daß sie keine Atomwaffen an Bord hätten. Dies hätte im Widerspruch zu der von Großbritannien, den USA und Frankreich praktizierten Politik des „Weder bestätigen noch leugnen“ gestanden und der Beteiligung Dänemarks an der militärischen Zusammenarbeit ein Ende gesetzt. Die Krise wurde durch die Ansetzung von Neuwahlen gelöst.

1986 sprachen sich die Sozialdemokraten unerwartet gegen die Einheitliche Europäische Akte aus, die daher im Folketing fast abgelehnt worden wäre. Die Regierung verhütete diese Katastrophe, indem sie zu einem Referendum aufrief (das in diesem Fall nicht verfassungsmäßig vorgeschrieben war); ein Wagnis, das sich lohnte. Der Vertrag wurde von einer ausreichenden Mehrheit gebilligt.

Es ist kaum überraschend, daß Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, die von ihren Parteiführern in den achtziger Jahren auf eine höchst skeptische Einstellung zu Dänemarks Verpflichtungen in der NATO und der EG gegenüber programmiert worden waren, leichte Anpassungsschwierigkeiten hatten, als sie 1992 für die Europäische Union stimmen sollten. Die taktische Unfähigkeit der Partei setzte sich auch in negativer Weise während der Kampagne vor dem Referendum fort. Zum einen hatte die Partei selbst im Frühjahr 1992 mit einer Führungskrise zu kämpfen. Im März wurde ihr damaliger Führer, Svend Auken,

von Poul Nyrup Rasmussen, dem ehemaligen Chefökonom der LO (Gewerkschaftsbund) herausgefordert. Auf einem außerordentlichen Parteitag am 11. April schlug Rasmussen den bisherigen Amtsinhaber und wurde neuer Parteivorsitzender. Bei der Führungskrise ging es nicht um politische Differenzen, sondern um Aukens politische Glaubwürdigkeit. Doch hinderte die Krise die Partei zunächst daran, ihre Pro-Maastricht-Kampagne zu führen.

Als diese dann in Gang kam, war sie nicht gerade beeindruckend. Die Partei stellte sich schon frühzeitig eine Falle, indem sie Premierminister Schlüter und den Außenminister und Vorsitzenden der Liberalen Partei, Uffe Ellemann-Jensen, der „Panikmache“ bezichtigte, als diese erklärten, Dänemark werde als wahrscheinliche Folge eines „Nein“ wohl die Gemeinschaft verlassen und eine Art von Assoziationsvereinbarung nach dem EFTA-Muster akzeptieren müssen. Wie Rasmussen sagte, wollten die Sozialdemokraten „ein ehrliches Ja“, das sowohl die Voris auch die Nachteile des Maastrichter Vertrages berücksichtige und nicht die Wähler bedrohe. Die Folge war, daß die Sozialdemokraten nie klar und unmißverständlich erklärten, daß die Auswirkungen eines Nein tatsächlich äußerst schwerwiegend sein könnten.

Die Kampagne für den Vertrag hinterließ daher insgesamt den Eindruck, daß die Ja-Parteien untereinander genau so zerstritten waren wie mit den Nein-Parteien. Insbesondere warfen die Sozialdemokraten Ellemann-Jensen den enthusiastischen Charakter seiner Kampagne vor. Es wurde behauptet (und viele Dänen glauben es), daß dies kontraproduktiv gewesen sei und viele Wähler gegen den Vertrag eingenommen habe. Man fragt sich, ob diese Leute das Argument akzeptieren würden, daß sich mehr Wähler für den Vertrag ausgesprochen hätten, wenn es überhaupt keine Kampagne dafür gegeben hätte!

Ein zweiter genereller Eindruck der Kampagne ist der, daß der Pro-Maastricht-Flügel der dänischen Politik nie in der Lage war, auf unfruchtbare Detaildiskussionen mit den Nein-Sagern zu verzichten. Viel Aufhebens wurde von den Vorwürfen gegen die EG-Kommission gemacht, daß sie Verordnungen über die zulässige Krümmung von in Europa verkauften Gurken und die Bequemlichkeit von Baustellenunterkünften erlassen habe. Die umfassenden und grundlegenden Argumente zugunsten der europäischen Integration, so wie sie vom Maastrichter Vertrag verkörpert wird, wurden durch die Erörterung von Detailfragen in den Hintergrund gedrängt. Andererseits gelang es den Nein-Sagern, sich mit ihrem Hauptargument Gehör zu verschaffen, daß nämlich alles, was auf die „Supermacht Europa“, auf mehr Befugnisse für Brüssel und weniger Befugnisse für das dänische Parlament und andere Institutionen abzielte, den dänischen Interessen abträglich sei.

Es gelang ihnen auch, die Wähler von zwei Argumenten zu überzeugen: Ers-

tens würde sich durch ein Nein nichts ändern, die EG-Mitgliedschaft bliebe davon unberührt; und zweitens würde ein Nein nur bedeuten, daß über den Vertrag von Maastricht neu verhandelt werden müßte. Die Entwicklung wird wahrscheinlich zeigen, daß beide Argumente äußerst irreführend waren.

4. Politische Skandale

Dänemark ist ein Land, in dem Korruption fast unbekannt ist, und seine politischen Skandale sind von einer Art, die in anderen Ländern kaum Aufsehen erregen würde, aber die Dänen nehmen sie ernst. Zwei derartige Skandale haben die dänische Politik in den vergangenen zwei Jahren belastet. Sie mögen dazu beigetragen haben, daß die Wähler allgemein von den Politikern, vor allem von den Politikern auf der Regierungsbank, enttäuscht sind. Dies mag sich auf das Ergebnis des Referendums ausgewirkt haben.

Der erste Skandal betrifft das Recht tamilischer Flüchtlinge, enge Familienangehörige nach Dänemark zu holen. 1987 verhinderte der Justizminister - oder verzögerte zumindest - mit stillschweigender Duldung hoher Beamter seines Ministeriums, daß tamilische Flüchtlinge diesen ihnen laut dänischem Recht zustehenden Anspruch wahrnahmen. Als das Verhalten des Justizministers (der Konservative Erik Ninn-Hansen, der dieses Amt nicht mehr ausübt) ruchbar wurde, informierte der Premierminister im April 1989 den Folketing über den Fall: „Nichts ist unter den Teppich gekehrt worden.“

1990 wurde eine gerichtliche Untersuchung des Skandals eingeleitet. Bisher ist das Ergebnis noch nicht bekannt. Eine der Schlüsselfragen bezieht sich darauf, was der Premierminister über den Skandal wußte und wann er es erfahren hat. Sein Auftreten in den öffentlichen Anhörungen war nicht immer überzeugend. Sein Kreuzverhör gipfelte in einer viertägigen Befragung Anfang April. Zweifellos hat die Untersuchung dem Ansehen des Premierministers in der Öffentlichkeit geschadet und seine Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Angelegenheiten wie der Kampagne für den Maastrichter Vertrag abgelenkt.

Ein zweiter Skandal betrifft eine Entscheidung des Folketing aus dem Jahr 1987, eine Lohnsummensteuer einzuführen, die auf dem Wertschöpfungsprinzip beruht und daher die Exportindustrie unterstützen und den Import- und Binnenhandel benachteiligen würde. Die Steuer wurde im März 1992 vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt. Da die Politiker bereits zuvor gewarnt worden waren, daß die Steuer einen Verstoß gegen europäisches Recht darstelle, standen sie nach dem Urteilsspruch wieder einmal in schlechtem Licht da. (Da die Steuer von den Sozialdemokraten ebenfalls gebilligt worden war, entgingen auch sie nicht dieser Schmach.)

5. Die öffentliche Meinung

Da das dänische Establishment den Vertrag mit überwältigender Mehrheit befürwortet hatte, kam dessen Ablehnung sowohl im Inland als auch jenseits der Grenzen als Schock und Überraschung. Tatsächlich war es aber eine äußerst mühselige Aufgabe für das Establishment, eine Mehrheit zugunsten des Maastrichter Vertrags zusammenzubringen.

Die Eurobarometer-Umfragen, die von der EG veranstaltet werden, haben durchweg ergeben, daß die Dänen am wenigsten Begeisterung für eine politische Integration Europas zeigen und in ihrer negativen Einstellung sogar noch die Briten übertreffen. Im Frühjahr 1991 wurde mit Unterstützung des Rockwool Fund eine größere Untersuchung über politische Einstellungen der Dänen durchgeführt. Eines der Ergebnisse besagte, daß die Dänen nichts für die politische Union übrig haben. Die Untersuchung zeigte, daß 67% meinen, die europäische Zusammenarbeit solle nicht über die Vollendung des Binnenmarktes hinausgehen. Diese Zahl schließt 13% ein, die der Ansicht sind, Dänemark solle überhaupt aus der EG austreten. 33% waren bereit, darüber hinauszugehen, aber nur 8% befürworteten die Vereinigten Staaten von Europa.

Sogar unter den Anhängern der nichtsozialistischen Pro-Maastricht-Parteien sprachen sich 51 % dagegen aus, über den Binnenmarkt hinauszugehen, während 79% der sozialdemokratischen Wählerschaft den Schlußstrich beim Binnenmarkt zogen. Nicht weniger als 92% der extrem linken Wähler zogen hier die Grenze, genauso wie 61 % der Anhänger der Fortschrittspartei, der rechten populistischen Partei, die sich gegen Maastricht aussprach.

Eine Gallup-Umfrage vom Mai 1992 kam zu einem sehr ähnlichen Ergebnis. Sie zeigte, daß 56% der Befragten ein Europa befürworteten, in dem eine Zusammenarbeit zwischen vollkommen unabhängigen Staaten, die über ein Vetorecht verfügen, stattfindet. Etwa 15% äußerten die Ansicht, Dänemark solle aus der EG austreten, während 11% Einstellungen vertraten, die mit dem Maastrichter Modell einer europäischen Zusammenarbeit in Einklang stehen, und 9% die Vereinten Staaten von Europa befürworteten.

1972 lehnte die gebildete, intellektuelle Elite die EG-Mitgliedschaft ab. 1992 sprach sie sich generell für „Maastricht“ aus. Es gab signifikante Anti-Maastricht-Mehrheiten unter den Arbeitern, den Angestellten des Öffentlichen Dienstes, denjenigen mit den niedrigsten Berufsqualifikationen, den am wenigsten wohlhabenden und denjenigen mit Sympathien für die Linke. Die am stärksten Benachteiligten stimmten mit Nein. Unter den Gebildeten, den Selbständigen und den Angestellten aus der Privatwirtschaft gab es große Mehrheiten für den Vertrag.

Etwa 57% der Frauen stimmten mit Nein, wobei der Anteil unter den jungen

Frauen besonders hoch war. Die Erwerbsquote bei Frauen beträgt in Dänemark 80% und ist damit höher als in jedem anderen Land mit Ausnahme Schwedens. Die meisten Frauen arbeiten im Öffentlichen Dienst, im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Die Ergebnisse, daß sowohl Frauen als auch Angestellte des Öffentlichen Dienstes gegen den Vertrag sind, sind also konsistent. Die jungen Männer waren mit überwältigender Mehrheit dafür.

Eine Gallup-Umfrage vom Mai 1992 ergab als stärksten Einzelgrund für die Ablehnung, der von 19% angegeben wurde, den Verlust von Souveränität und Unabhängigkeit, aber die vielen anderen Gründe, die für die Nein-Stimme im wesentlichen angeführt wurden, ergaben, daß bei insgesamt Dreiviertel der Leute das Nein im Kern darauf beruhte, daß ihnen der Gedanke unsympathisch war, andere könnten Dänemark Vorschriften machen. Sehr wenige, ungefähr 15%, gaben spezifische Gründe für ihr Nein an, wie z.B. eine Abneigung gegen Deutschland, Ängste vor Einwanderung, Ablehnung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, eine einheitliche Währung oder andere Gründe.

Von den Maastricht-Befürwortern sagten 32%, Dänemark könne nicht auf sich gestellt bleiben. Die meisten anderen Antworten brachten eine ähnliche allgemeine Haltung zum Ausdruck, während spezifische Themen wie Beschäftigung, die einheitliche Währung, Umweltpolitik, das nordische Zusammengehörigkeitsgefühl nur von sehr geringen Minderheiten angeführt wurden.

Alltagserfahrungen, die man zur Beweisführung heranziehen kann, decken sich mit den Ergebnissen der Meinungsumfragen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die meisten Nein-Sager ihr Votum aus einer allgemeinen Antipathie gegen den Verlust von Unabhängigkeit abgaben. In Unterhaltungen konnte der Eindruck entstehen, daß die Leute in vielen Fällen gegen Dinge stimmten, die nicht in einem Pro-Maastricht-Votum enthalten waren oder dadurch zumindest auf keinen Fall in die Tat umgesetzt worden wären, wie ein europäischer Bundesstaat, eine europäische Armee oder eine einheitliche Währung.

Laut der Gallup-Umfrage meinten nur wenige Wähler, und ihr Anteil sank während der Kampagne, daß Dänemark durch ein Nein zum Austritt aus der EG gezwungen würde. Diese Ansicht wurde von 15% vertreten, während 60% meinten, dadurch ändere sich nichts. Dies deckt sich mit den Argumenten derjenigen, die die Anti-Maastricht-Kampagne führten. Der gegenteilige Standpunkt, den der Außenminister, der Premierminister, der dänische EG-Kommissar Henning Christophersen und Niels Ersboll, dänischer Generalsekretär des Rates der EG, vertraten, hinterließ keinen nachhaltigen Eindruck.

Eine - wenn auch angesichts des knappen Wahlergebnisses bedeutsame - Kuriosität war der starke Anstieg der Nein-Stimmen (im Vergleich zu den Referenden von 1972 und 1986) in den Gemeinden an der West- und Nordwestküste

von Jütland, dem Zentrum der leistungsfähigen und bedeutenden Fischereindustrie Dänemarks. Die Fischer erklärten allesamt, die Bürokratie, die Kontingente und die Verordnungen, denen sie aufgrund der gemeinsamen Fischereipolitik unterworfen waren, seien mehr, als sie ertragen könnten, und daß sie als Protest gegen Brüssel mit Nein stimmen würden. Da die nationalen dänischen Fischereigewässer begrenzt sind, würde es ihnen in Wirklichkeit ohne die gemeinsame Politik schlechter gehen, aber die Frustration hat diese Fischer soweit getrieben, daß sie ihre eigenen Interessen nicht mehr rational einschätzen können.

III. Dänemarks Perspektiven

1. Szenarien

Über die Konsequenzen des dänischen Referendums kann nichts Sicheres gesagt werden, bevor man nicht mehr über die Entscheidung der übrigen Elf weiß, d.h. bevor sie alle den Vertrag ratifiziert haben (vorausgesetzt, sie tun dies alle). Damit werden die Entscheidungen über die Zukunft Dänemarks auf Ende des Jahres und wahrscheinlich auf die 1. Jahreshälfte 1993 verschoben, wenn — in gewisser Hinsicht eine Ironie des Schicksals - Dänemark den Vorsitz im Europäischen Rat innehaben wird. Es gibt jedoch eine Reihe von möglichen Entwicklungspfaden, und ihre Implikationen kann man untersuchen.

Eine Lösung, die für die Mehrheit im Folketing nicht akzeptabel wäre, bestände darin, in naher Zukunft erneut ein Referendum über den unveränderten Vertragstext abzuhalten. Schlüter hat vage angedeutet (niemand weiß genau, was er wirklich meinte), daß es in naher Zukunft ein weiteres Referendum geben könnte; aber im Folketing argumentiert eine klare Mehrheit, die aus Pro- und Kontra-Parteien besteht, daß das Votum vom 2. Juni für den Folketing bindend ist und als solches eingehalten werden muß. Der einflußreiche Folketing-Ausschuß für Marktangelegenheiten (der eine strenge Kontrolle darüber ausübt, was die Regierung bei Sitzungen des Europäischen Rates akzeptieren darf) schickte die Regierung mit der Botschaft zum Lissaboner Gipfeltreffen der Regierungschefs am 26. Juni, daß ein erneutes Referendum über einen unveränderten Text nicht in Frage komme. In verfassungsrechtlicher Hinsicht muß, wenn die Übertragung von Souveränitätsrechten an eine internationale Organisation vorgeschlagen wird, diese Maßnahme die Zustimmung einer Fünf-Sechstel-Mehrheit im Folketing oder der einfachen Mehrheit in einem Referendum finden. Das Ergebnis des Referendums ist für das Parlament bindend. Die Verfassung enthält keinen Passus, demzufolge das Ergebnis eines Referen-

dums nicht durch das eines zweiten Referendums aufgehoben werden kann. Es gab einige Diskussionen darüber, ob der Vertrag von Maastricht die Übertragung von Souveränitätsrechten zusätzlich zu denjenigen, die durch die Ratifizierung der Römischen Verträge 1972 abgegeben worden sind, vorsieht. Die dänischen Verfassungsrechtler kamen zu dem Schluß, daß Klauseln (z.B. über die WWU und über die juristische Zusammenarbeit) darin enthalten sind, die die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte zur Folge haben oder haben könnten. Wenn Dänemark allerdings mit den Elf ein Abkommen schließen könnte, in dem seine Verpflichtungen derart abgeändert werden, daß es keine Souveränitätsrechte abtreten muß, wären Regierung und Folketing befugt, einem solchen Abkommen mit einfacher Mehrheit zuzustimmen, ohne daß ein Referendum oder eine qualifizierte Fünf-Sechstel-Mehrheit in der gesetzgebenden Versammlung notwendig wären. Die Mehrheit im Folketing könnte dennoch der Auffassung sein, jeder Ersatz für den Vertrag von Maastricht sei so wichtig, daß das Volk in einem Referendum die Gelegenheit haben sollte, ihn anzunehmen oder abzulehnen.

Für Dänemark gibt es im wesentlichen drei Möglichkeiten: (1) Zusammenbruch des Maastrichter Prozesses; damit wäre Dänemark aus dem Schneider. (2) Dänemark beteiligt sich weiterhin an der Gemeinschaft, so wie sie ursprünglich durch die Römischen Verträge geschaffen wurde, während die anderen Elf zur Politischen Union weitergehen, wie sie im Vertrag von Maastricht festgelegt ist. (3) Dänemark tritt aus der Europäischen Gemeinschaft aus - wie das geschehen könnte, ist vertragsrechtlich allerdings unklar - und akzeptiert eine Art von Assoziation, wahrscheinlich in Form der Unterzeichnung des EWR-Abkommens.

Des weiteren ist von Interesse, inwiefern das dänische Votum die anderen nordischen Länder, von denen zwei, Schweden und Finnland, die EG-Mitgliedschaft beantragt haben, berührt (oder auch nicht).

Bei der ersten Möglichkeit wäre die interessante Frage nicht die der Auswirkungen auf Dänemark, sondern auf die Gemeinschaft. Es wäre zutiefst tragisch, wenn sich das dänische Referendum als der Beginn einer Rückkehr zum selbstzufriedenen Nationalismus in Westeuropa erweisen sollte. Wie Thorvald Stoltenberg, der norwegische Außenminister, sagte, als er vom Ergebnis des dänischen Referendums hörte: „Mein Alptraum ist ein Europa, in dem einem nationalistischen Deutschland wieder freier Lauf gelassen wird.“

Die dänische Regierung hat mit der Rückendeckung einer überwältigenden Mehrheit des Folketing erklärt, sie möchte, daß sich Dänemark unter Berücksichtigung des Referendums so weitgehend wie möglich an der europäischen Zusammenarbeit beteiligen kann. Dies ist die zweite Möglichkeit, aber vielleicht läßt sich auch kein Mittelweg zwischen der Vollmitgliedschaft in der Europäi-

schen Union und der Nicht-Mitgliedschaft finden.

Der Vertrag von Maastricht besteht zu einem großen Teil aus Ergänzungen und Änderungen der Römischen Verträge. Eine Beteiligung Dänemarks zu den Bedingungen der ursprünglichen Römischen Verträge, während die anderen Elf gemäß den geänderten Bedingungen verfahren, würde, ganz abgesehen von den praktischen Komplikationen, so komplexe rechtliche Probleme aufwerfen - wie die Frage, an welchen Sitzungen welcher Ausschüsse, bei denen diese oder jene Politiken erörtert werden, dänische Minister oder Beamte teilnehmen könnten -, daß diese Möglichkeit als faktisch unmöglich erachtet werden muß.

Es wäre vorstellbar, daß sich Dänemark zur Teilnahme an allen Aspekten der Europäischen Union bereit erklärt, die unter die abgeänderten Römischen Verträge fallen, jedoch nicht an den neuen Ergänzungen der Europäischen Zusammenarbeit, wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die juristische Zusammenarbeit und die Unionsbürgerschaft. Dieses Modell, das von der Anti-Maastrichter Sozialistischen Volkspartei vertreten wird, würde bedeuten, daß Dänemark einer Europäischen Zentralbank, dem Prinzip von Geldstrafen für Verstöße gegen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs etc. zustimmen würde. Da das Referendum vom 2. Juni alle diese Aspekte genauso wie die übrigen Neuerungen des Maastrichter Vertrags verwarf, ist anzunehmen, daß bei einer Einigung auf eine solche Vereinbarung ein neues Referendum stattfinden müßte.

Svend Auken hat angeregt, Großbritannien und Dänemark sollten den anderen Mitgliedstaaten den Vorschlag einer EG-Mitgliedschaft mit „zwei Geschwindigkeiten“ machen. Dieser Vorschlag sollte den Sommer über ausgearbeitet und den anderen vor dem französischen Referendum unterbreitet werden. Dieser Vorschlag hat im eigenen Lande keine spürbare Begeisterung hervorgerufen.

Die Römischen Verträge sehen kein Verfahren für den Ausschluß oder Austritt eines Mitgliedes vor, aber Dänemark kann die übrigen Elf nicht zur Zusammenarbeit mit sich zwingen. Die Elf könnten von den Römischen Verträgen zurücktreten, ein neues gleichlautendes Dokument unterzeichnen und alle vertraglichen Rechte und Pflichten, die aus den Römischen Verträgen resultieren, übernehmen. Damit verbliebe Dänemark als einziges Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft, so wie sie durch die ursprünglichen Römischen Verträge geschaffen wurde.

Wenn die Elf diesen Kurs verfolgen würden, wären die damit verbundenen praktischen und rechtlichen Komplikationen so groß, daß Dänemark eine starke Verhandlungsposition hätte. Der beste Weg für Dänemark könnte darin bestehen, ohne großes Aufheben die 3. Möglichkeit zu akzeptieren und die anderen Elf nicht zu zwingen, neue Verträge zu unterzeichnen oder sich einem neuen Ratifi-

zierungsverfahren zu unterziehen. Als Gegenleistung könnte Dänemark versuchen, günstige Vertragsbedingungen zu erhalten einschließlich der weiteren Beteiligung an der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik.

Falls Dänemark sich als Ergebnis des Juni-Referendums außerhalb der Gemeinschaft mit den anderen 11 wiederfinden sollte, könnte sich in einer längerfristigen Perspektive die nächste Gelegenheit für den Sprung zurück auf den europäischen Zug wahrscheinlich dann ergeben, wenn Schweden und Finnland sich zum EG- Beitritt entschließen. Die Politiker hätten damit Distanz zum Referendum vom 2. Juni 1992 und das gute Argument, daß, nachdem Schweden und Finnland Mitglied der Gemeinschaft sind, Dänemark seine selbstgewählte Isolierung aufgeben müsse. In Lissabon schien Kanzler Kohl etwas derartiges im Sinn zu haben, als er die Erarbeitung eines Konzepts vorschlug, mit dem Dänemark eine mehrjährige Denkpause eingeräumt werden solle, bevor endgültige Lösungen wirksam werden.

Als unmittelbare Auswirkung des dänischen Referendums wuchs in Schweden die Opposition gegen einen EG-Beitritt, aber irgendwelche Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis des dänischen Referendums auf Schweden und Finnland wären verfrüht. Es steht jedoch fest, daß die schwedische Sozialdemokratische Partei, die 1990, als sie an der Regierung war, den Mitgliedsantrag Schwedens beschloß, genau die gleichen Probleme hat wie ihre dänische Schwesterpartei. Die Parteiführung befürwortet die Mitgliedschaft, aber die große Mehrzahl der Anhänger ist skeptisch. Eine Lektion aus der dänischen Erfahrung ist, daß alle Ja-Parteien eine gemeinsame Front für das Ja bilden müssen, wenn die Beitrittskampagne erfolgreich verlaufen soll. Es ist daher eine interessante Beobachtung, daß die zur Zeit oppositionelle schwedische Sozialdemokratische Partei stark dazu neigt, einen Unterschied zwischen einem sozialistischen und einem nichtsozialistischen Ja zu Europa zu machen. Für die Anhänger einer europäischen Integration ist dies ein entmutigendes Zeichen. Andererseits gibt es keine Hinweise darauf, daß die Sozialdemokraten ihre Entscheidung aus dem Jahr 1990 rückgängig machen werden.

Es ist unwahrscheinlich, daß Finnland der EG beitrifft, wenn Schweden es nicht tut; andererseits ist es wahrscheinlich, daß Finnland diesen entscheidenden Schritt wagt, wenn Schweden ihn unternimmt. Für Finnland ist das dänische Votum irrelevant. Bei Norwegen, das sich noch nicht für oder gegen ein Beitritts-gesuch entschieden hat, sieht das ganz anders aus. Der regierenden Arbeitspartei von Gro Harlem Brundtland stehen noch einige Kämpfe bevor, nur um eine Parlamentsmehrheit für das EWR-Abkommen zu erhalten. Gro Harlem Brundtland hofft, die Arbeitspartei auf einem Parteitag im November zur Unterstützung eines EG-Beitritts-gesuchs bewegen zu können. Damit würden im Stort-

ing, dem Parlament, die Voraussetzungen für eine breite Mehrheit zur Unterstützung des Beitrittsantrages geschaffen. Der Widerstand gegen eine norwegische EG-Mitgliedschaft ist in der Bevölkerung jedoch äußerst heftig und unterscheidet sich damit von der Lage in den anderen nordischen Ländern. Nach Ansicht des Autors läßt dieser Widerstand der Bevölkerung einen norwegischen EG-Beitritt zumindest in den kommenden 15 bis 20 Jahren höchst zweifelhaft erscheinen.

2. Wirtschaftliche Auswirkungen

Kurzfristig gesehen, bewirkt das dänische Nein wirtschaftliche Unsicherheit, was seit dem 2. Juni durch sinkende Kurse von Aktien und Obligationen unterstrichen wird. Dänemark hat jedoch eine starke Wirtschaft: Die Inflationsrate (2,5%) ist niedrig, die Handelsbilanz weist einen sehr hohen (mehr als 5% des BSP) und die Zahlungsbilanz einen beruhigenden Überschuß auf. Die öffentlichen Finanzen schließlich befinden sich in einem Zustand, der Dänemark für die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) qualifiziert.

Längerfristig könnte das Nein in- und ausländische Investoren in Dänemark abschrecken. Dänische und ausländische Unternehmen, die Investitionen in Dänemark geplant hatten, könnten sich entscheiden, ihre Investitionen statt dessen in den Kernländern der EG zu tätigen. Die Bedeutung eines solchen Trends läßt sich jedoch in keiner Weise quantifizieren und hängt auf jeden Fall davon ab, wie die Dänen ihre Wirtschaft in den kommenden Jahren gestalten. Wenn es ihnen z.B. gelingen sollte, durch entsprechende innenpolitische Anpassungsmaßnahmen eine hohe Wachstumsrate bei niedriger Inflation zu erreichen, könnten spürbare Investitionsumlenkungseffekte ausbleiben.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Dänemark von den europäischen Märkten ausgeschlossen wird. Welche Beziehungen es auch immer in Zukunft zur Gemeinschaft unterhalten mag, die vier Grundfreiheiten - freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, Freizügigkeit der Arbeitskräfte und freier Kapitalverkehr - werden weiter für Dänemark gelten. Die wirtschaftliche Integration Dänemarks in Europa wird fortbestehen. Der wesentliche Unterschied zwischen der jetzigen und der zukünftigen Situation wird darin bestehen, daß Dänemark keinen oder nur wenig Einfluß auf EG-Entscheidungen haben wird, sich ihnen aber wird fügen müssen.

Für die wesentlichen Fertigungsindustrien und den Dienstleistungssektor wird sich das zukünftige Wirtschaftsregime nicht so sehr vom gegenwärtigen unterscheiden. Der wirtschaftliche Wohlstand Dänemarks ist jedoch in einer Hinsicht ernstlich bedroht: Landwirtschaft und Fischereiwesen spielen in der dänischen Wirtschaft nach wie vor eine äußerst wichtige Rolle, da mindestens 25% des

Warenhandels auf sie entfallen (die genaue Größenordnung hängt von den benutzten Definitionen ab). Praktisch alle Produktgruppen, bei denen Dänemarks Anteil am Welthandel größer ist, als die Größe seiner Wirtschaft rechtfertigen würde, fallen einschließlich Schweinefleisch, Dosenfisch, Fischfilets und Molke- reiprodukten in diese beiden Gruppen. Nimmt man die Landwirtschaft und die Fischereiflotte, die ihnen zugeordneten verarbeitenden Industrien sowie diejenigen, die die landwirtschaftlichen Betriebe, die Fischereiflotte und die verarbeitenden Industrien beliefern, so kommt man auf eine Zahl von mindestens 250.000 Arbeitsplätzen aus einer Gesamtzahl von ca. 2,7 Mio. abhängig Beschäftigten bei ca. 2 Mio. Beschäftigten in der Privatwirtschaft.

Dänemark verdankt der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht nur den Zugang zu den EG-Märkten, die ca. zwei Drittel der dänischen Agrarexporte abnehmen, sondern auch über die Exportsubventionen zu den Märkten von Drittländern. Iran kauft von Dänemark mehr Käse (Feta) als jedes andere Land. Japan ist für den dänischen Schweinefleischexport von genauso großer Bedeutung wie Großbritannien. Der Nahe Osten ist ein wertvoller Markt für dänische Butter und Milchprodukte, die Vereinigten Staaten für Schweinefleischerzeugnisse etc. Falls Schweden und Finnland der EG beitreten, wird Dänemark künftig über einen günstigen zusätzlichen Absatzmarkt für seine Agrarerzeugnisse verfügen.

Ein Ausschluß von der gemeinsamen Agrarpolitik und der gemeinsamen Fischereipolitik hätte eindeutig sehr schwerwiegende Konsequenzen für Dänemark, und das Land würde viele Jahre brauchen, um sich von diesem Schlag zu erholen.

3. Ein Land ohne Einfluß

In der Zeit zwischen den napoleonischen Kriegen und 1949, als Dänemark NATO- Mitglied wurde, hatte es wenig Einfluß auf sein eigenes Schicksal und hing von den Großmächten, insbesondere Deutschland, ab. Wie bereits erwähnt, machte das Land aus dieser Abhängigkeit eine Tugend, indem es einen nach innen gerichteten antimilitaristischen Nationalismus eigener Prägung entwickelte. In der jüngeren Vergangenheit, als Dänemark eines der wohlhabendsten Länder Europas wurde, setzten sich diese Verhaltensweisen in Form einer selbstzufriedenen, herablassenden Einstellung dem übrigen Europa gegenüber fort. Nicht ganz zu Unrecht lassen die soziale Stabilität, der Egalitarismus, die Stellung der Frau, die generelle Leistungsfähigkeit und das Ausmaß des Wohlfahrtsstaates Dänemark attraktiver erscheinen als die meisten seiner europäischen Nachbarn. Was bringt es uns, fragen sich viele Dänen, all dies mit Europa zu teilen?

Die NATO-Mitgliedschaft verlieh Dänemark eine bisher nicht erlebte Sicherheit

und Möglichkeit der Einflußnahme auf die europäische Politik. Durch den EG-Beitritt im Jahre 1973 erhielt es einen Einfluß, der weit über das hinausgeht, was sonst aufgrund der Größe des Landes gerechtfertigt gewesen wäre. Dies alles wurde durch das Referendum vom 2. Juni aufgegeben oder zumindest gefährdet. Es geschah außerdem zu einem Zeitpunkt, zu dem die Instabilität in Europa wächst, das amerikanische Interesse an und sein Einfluß auf Europa nachläßt und Nationalismus und Isolationismus zuzunehmen scheinen.

Ostseejugendbüro hilft Grenzen überwinden

von JENS PETER JENSEN

1. Entstehungsgeschichte

Das Ostseejugendbüro (OJB) ist Anfang 1990 als Kontaktstelle für die Koordination und den Ausbau der Ostseejugendarbeit in Schleswig-Holstein gegründet worden.

Träger dieses internationalen Jugendinformationsbüros ist der Landesjugendring, der bereits vor der Gründung des OJB, das zunächst Ostseejugendinformationsdienst hieß, über internationale Jugendkontakte mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland und Polen verfügte.

Der letzte Anstoß zur Gründung des OJB erfolgte auf der ersten Ostseejugendkonferenz 1989 in Scharbeutz, auf der sich erstmals auf Einladung Schleswig-Holsteins Vertreter unterschiedlicher Jugendorganisationen aus allen Ostseeanrainerländern zu einem einwöchigen, gemeinsamen Erfahrungsaustausch über ökologische und jugendpolitische Fragen trafen.

2. Rahmenbedingungen

Begünstigt wurde der Aufbau des OJB 1990 durch sich verändernde politische Verhältnisse in der Ostseeregion, insbesondere in Polen, in den baltischen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern, sowie durch eine offensivere Landespolitik in Schleswig-Holstein im Hinblick auf die eigene regionale Standortbestimmung in einem zukünftigen Europa. Hinzu kam, daß im sich vereinigenden Europa auf der Ebene der Konsultationen der EG-Jugendminister bereits über Jugendinformationssysteme als Instrumente zur Förderung der europäischen Integration im Jugendbereich nachgedacht wurde.

Die Politik der Öffnung in der Sowjetunion als Reaktion auf zunehmende Erosionserscheinungen innerhalb des Blocks der RGW-Staaten war nach den politischen Liberalisierungen in Polen und Ungarn ein Versuch, durch politische und ökonomische Annäherungen an demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen die realsozialistischen Gesellschaften zu modernisieren. Daß dieser Modernisierungsversuch zu einer grundsätzlichen Systemveränderung führen würde, war weder im Westen noch in den RGW-Staaten von Anfang an vorhersehbar. Ähnliche Reformbemühungen waren in den realsozialistischen Gesellschaften bereits nach dem Tod Stalins Mitte der 50er Jahre, Ende der 60er Jahre, Niederschlag des Prager Frühlings, und Anfang der 80er Jahre mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen gewaltsam unterdrückt worden.

Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, die wirtschaftliche Öffnung Ungarns gegenüber dem Westen und die in Polen fortschreitende Abkehr von der Herrschaft der ehemals allmächtigen kommunistischen Partei, schufen ein Klima, in dem auch in Westeuropa über einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu den RGW-Staaten nachgedacht wurde.

Auch wenn das politische Denken sich noch lange nicht vom alten Schema des Ost-West-Konfliktes gelöst hatte, entstanden politische Neuorientierungen, die es auch Jugendorganisationen erleichterte, internationale Kontakte nach Osteuropa auf- und auszubauen.

In Schleswig-Holstein ist von der 1988 neu gewählten Landesregierung deutlicher als bisher in der Landespolitik die Brückenfunktion des Landes zu Skandinavien und die Einbindung in die Ostseeregion thematisiert worden.

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln auch für Maßnahmen des Jugendaustausches mit den Ostseeanrainern war eine logische Konsequenz des politisch notwendigen Perspektivenwechsels.

Dabei spielen zwei Entwicklungen eine besondere Rolle, erstens: Schleswig-Holstein versteht sich nicht mehr wie in den letzten 30 Jahren als periphere Region in der EG, sondern strebt an, nach Möglichkeit mit Dänemark und in naher Zukunft mit Schweden, Norwegen und Finnland zu einer starken Region in Europa zu werden. Zweitens ergeben sich an der alten Schnittstelle zwischen Ost und West nach der Überwindung der Bipolarität in Europa neue wirtschaftliche, politische und kulturelle Perspektiven für Schleswig-Holstein.

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den baltischen Ländern, in St. Petersburg und Polen haben der politischen Neuorientierung in Schleswig-Holstein zusätzlich Schwung verliehen.

Auch wenn derzeit die wirtschaftlichen Erfolge der Wiederaufnahme der schon vor 1940 bestehenden Kontakte Deutschlands zu den baltischen Staaten noch nicht überschaut werden können, sind die kulturellen und politischen Wiederannäherungsversuche nach dem Zusammenbruch der UdSSR von außerordentlicher politischer Bedeutung.

Maßnahmen des Jugendaustausches werden entscheidend dazu beitragen können, die Gesellschaften innerhalb der Ostseeregion, die sich in den letzten fünf Jahrzehnten auseinander entwickelt haben, wieder stärker zusammenwachsen zu lassen.

Der Landesjugendring unterhielt zunächst bis 1988 insbesondere mit Finnland und Estland internationale Kontakte. Inzwischen unterhält er zu allen Ostseeanrainern Jugendaustauschkontakte. Dabei übernimmt der LJR in der Regel die Aufgabe der Kontaktvermittlung für seine Mitgliedsverbände. Eine Aufgabe, die ohne die Einrichtung des Ostseejugendbüros als zusätzliche Aktivität des Landesju-

gendingres auf Dauer nicht zu bewältigen wäre, ganz davon abgesehen, daß eine Reihe von Kontaktwünschen unserer ausländischen Partner durch den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände auch gar nicht vollständig erfüllt werden können.

3. Struktur des Ostseejugendbüros

Vor dem Hintergrund zusätzlicher Anforderungen an die Vermittlung von Maßnahmen des Jugendaustausches steht das Konzept eines Jugendinformationszentrums, das diese eine Aufgabe zum Inhalt hat, nicht mehr in Konkurrenz zu den Zielsetzungen und Aufgaben der Jugendverbände und ihrer Dachorganisationen. Jugendinformationszentren können nicht Jugendarbeit ersetzen, aber sie können Informationen über Jugendarbeit und Jugendstrukturen und Möglichkeiten der Kontaktaufnahme vermitteln und bei der Organisation von Jugendaustauschprogrammen behilflich sein. Sie können gerade dort, wo ehrenamtliches Engagement bisweilen an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt, die notwendigen Anstöße geben, eine internationale Begegnung oder auch einen einzelnen Kontaktwunsch doch noch zu realisieren.

Das Ostseejugendbüro ist durch seine Anbindung an den Landesjugendring deutlich in den Strukturen der Jugendarbeit freier Träger in Schleswig-Holstein verankert. Das hat den Vorteil, daß gerade in der Startphase ein solches Projekt schnell innerhalb der Jugendverbände bekannt wird und direkt als Servicestation bei der Anbahnung und Organisation internationaler Kontakte der Jugendverbände der Ostseeregion in Anspruch genommen werden kann.

Das ist vor allem auch möglich geworden, weil sich der Landesjugendring von vornherein darum bemüht hat, im Rahmen seiner Mitgliedsorganisationen für die Akzeptanz des Ostseejugendbüros zu sorgen.

Darüber hinaus ist das Ostseejugendbüro durch einen Beirat, dem Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen und Fachhochschulen und ihren allgemeinen Studentenausschüssen, der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, der Landesschülervertretung und der Jugendverbände angehören, in die schleswig-holsteinische Jugendstruktur eingebunden.

Die Aufgaben des Beirats des Ostseejugendbüros bestehen darin, die inhaltliche Arbeit des Ostseejugendbüros zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Er soll an der Herausgabe der viermal im Jahr erscheinenden Ostseejugendinformation beteiligt werden. In der Regel trifft sich der Beirat fünfmal im Jahr.

4. Aufgaben des Ostseejugendbüros

a) Herausgabe der jährlich vier Ausgaben der Ostsee-Jugendinformation, in

der zweisprachig (Deutsch/Englisch) über Jugendaktivitäten in den Ostseeländern und Hintergrundwissen über die verschiedenen Länder berichtet wird.

Die Hefte erscheinen in einer Auflage von 1000 Exemplaren und werden an die unterschiedlichsten Jugendorganisationen und Gruppierungen in der Ostseeregion verteilt.

- b) In der Funktion als nicht-kommerzielle Agentur ist es die Aufgabe des Ostseejugendbüros, mit seinem Informations-Angebot die internationale (Mobilität) Reiselust und das Interesse an Maßnahmen des Jugendaustausches Jugendlicher und junger Erwachsener in der Ostseeregion zu unterstützen und die Anbahnung von Jugendkontakten zu fördern.

Toleranz, Weltoffenheit und Interesse an den Lebensverhältnissen der Nachbarn in der Ostseeregion sollen damit gefördert werden. Damit wird ein Beitrag zur Entwicklung gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Identität in der Ostseeregion geleistet.

Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich über möglichst nichtkommerzielle jugendgerechte Reisen und Reisearten zu informieren. In erster Linie werden das Maßnahmen der Jugendarbeit sein. Aber auch über individuelle Angebote für Jugendliche können Auskünfte gegeben werden.

Das Ostseejugendbüro kann über Bedingungen von „Interrail“ oder Jugendaustauschprogramme informieren, verfügt über Adressen von Unterkunftsmöglichkeiten, die auch für Jugendliche bezahlbar sind, und kann Partnerorganisationen vermitteln, die in den anderen Ostseeanrainerstaaten bei der Organisation internationaler Begegnungen behilflich sind.

- c) Für den Landesjugendring und jeweils eine weitere schleswig-holsteinische Jugendorganisation hat das Ostseejugendbüro seit 1990 die Ostsee-Jugendkonferenzen mitorganisiert. Die Arbeit ist vor allem für die Intensivierung der internationalen Begegnungen in der Ostseeregion von besonderer Bedeutung gewesen. Neben den persönlichen Kontakten, die auf den Ostsee-Jugendkonferenzen hergestellt wurden, ist eine Reihe von internationalen Begegnungen zwischen schleswig-holsteinischen und ausländischen Partnern erst nach dem persönlichen Kontakt auf den Ostsee-Jugendkonferenzen zustande gekommen.

Die Ostsee-Jugendkonferenz wird 1992 zum Thema „Kulturelle Jugendbildung“ als Brücke internationaler Verständigung im Ostseeraum durchgeführt werden. Veranstalter dieser Konferenz sind die Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung und der Landesjugendring Schleswig-Holstein.

Das Ostseejugendbüro wird sein inhaltliches und organisatorisches Know-how in die Organisation und Durchführung der Ostsee-Jugendkonferenz

einbringen.

5. Perspektiven der Arbeit des Ostseejugendbüros

Das Ostseejugendbüro wird in den kommenden Jahren versuchen, die bereits aufgebauten Jugendkontakte zu den anderen Ostseeanrainerstaaten auszubauen und zu verbreitern. Nicht mehr die Anbahnung neuer Jugendkontakte wird dann die erste Priorität bei der Arbeit des Ostseejugendbüros haben, sondern die Pflege der vorhandenen Kontakte und die Beratung von Organisationen, die auf lokaler Ebene neue Kontakte in anderen Ostseeanrainerstaaten aufnehmen wollen.

Erst wenn das gelingt und nicht mehr primär Jugendkontakte auf der Multiplikatorebene organisiert werden müssen, kann auf breiter Basis unter Jugendlichen in der Ostseeregion ein stärkeres Bewußtsein für die Entwicklung eines gemeinsamen Denkens und einer gemeinsamen Identität in der Ostseeregion entwickelt werden.

Es wird von der realen Überwindung der Grenzen, insbesondere der Wohlstandsgrenzen in der Region, abhängen, ob aus dieser Arbeit dann auch Ansätze für eine gemeinsame Interessenvertretung der Region im sich vereinigenden Europa hervorgehen werden.

Das Ostseejugendbüro wird nicht das Instrument für die Interessenvertretung Jugendlicher in Europa sein können, aber es wird über die Nachbarn im Ostseeraum ständig informieren können, und es wird Informationen aus Brüssel und Straßburg, die jugendpolitisch wichtig sind, an interessierte Jugendliche und Partnerorganisationen in der Ostseeregion weitergeben.

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben zur besseren Wahrnehmung ihrer Interessen in Brüssel das „Hanseoffice“ eingerichtet.

Das Ostseejugendbüro wird in Fragen des europäischen Jugendaustausches mit dem Hanseoffice Zusammenarbeiten und in nächster Zukunft die Antragsberatung für EG-Förderprogramme des Jugendaustausches vornehmen.

Dabei wird vom Landesjugendring das Interesse verfolgt, stärker als bisher Mittel aus den EG-Förderprogrammen zur Stärkung des internationalen Jugendaustausches zu nutzen. Neben der Weiterentwicklung der Aktivitäten des Jugendaustausches innerhalb der Ostseeregion in Schleswig-Holstein, die durch die stärkere Einbindung der Region in die Europäische Gemeinschaft auch Einfluß auf das Verständnis Jugendlicher und junger Erwachsener von einem gemeinsamen Europa haben wird, werden Aktivitäten des Ostseejugendbüros auf die Entwicklung ähnlicher Kommunikations- und Serviceeinrichtungen wie das Ostseejugendbüro in anderen Ostseeanrainerstaaten verlagert werden müssen.

Erste Kontakte in dieser Richtung sind in letzter Zeit zu einer norwegischen Organisation aufgenommen worden, die zusammen mit der Union der baltischen Städte und dem Landesjugendring Schleswig-Holstein ein drei Jahre dauerndes Projekt zur Durchführung von Ostsee-Jugendumweltlagern durchführt. Solche Jugendumweltlager, das erste wird im September 1992 in Lettland stattfinden, werden in Zukunft auch in anderen Ostseeanrainerländern veranstaltet und können damit wesentlich zu einer besseren internationalen Verständigung Jugendlicher und junger Erwachsener im Ostseeraum beitragen. Eine ähnliche Initialzündung ist unter Umständen auch durch das Ostsee-Jugendparlament möglich, das 1993 unter Beteiligung des Ostseejugendbüros und des Landesjugendrings von der Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtags organisiert werden wird.

Wenn der Probelauf des Ostsee-Jugendparlaments 1993 in Kiel erfolgreich verläuft, könnten regelmäßige Ostsee-Jugendparlamente in anderen Ostseeanrainerländern stattfinden.

Mit der Arbeit des Ostseejugendbüros wird die Verständigung innerhalb der Ostseeregion verstärkt und ein Beitrag zur Überwindung von Ressentiments gegenüber den Bürgern aus den anderen Ländern der Region geleistet. Das trägt darüber hinaus dazu bei, nationalistischen und antieuropäischen Vorstellungen auch unter verunsicherten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu begegnen. Die Idee von einem gemeinsamen Europa wird besser verständlich, wenn Jugendlichen klar wird, daß die eigenen Interessen und die der Nachbarländer nicht völlig auseinandergehen und auch innerhalb eines gemeinsamen Europas eine vernünftige Interessenvertretung stattfindet.

Betriebliche Bildung und Management

Ein deutsch-dänischer Studiengang

von WOLFGANG SCHMID

Die gestiegenen sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen gegenüber der Hochschulbildung bewirken zusammen mit dem sie umgebenden, sich verändernden und wettbewerbsorientierten Klima, daß sie in großem Maße als Teil der wirtschaftlichen Strukturen betrachtet wird. Unternehmen sehen sich vor die Aufgabe gestellt, strukturierte Ausbildungsprogramme für ihre Beschäftigten und für die Verwender ihrer Erzeugnisse zu entwickeln. Sie sind in zunehmendem Maße auf einem der Hochschulbildung entsprechenden Niveau oder sogar auf noch höherem Niveau in der Forschung und Entwicklung tätig. Dabei übernehmen sie viele der charakteristischen Eigenschaften der Hochschulen. Dies spiegelt sich auch in veränderten Managementformen wider, die Teamarbeit, Kreativität und unternehmerische Gesinnung auf allen Ebenen fördern.

Die Hochschulbildung hat durch die Einführung von Zusammenarbeit und Vereinbarungen für den Technologietransfer und die wissenschaftliche Beratung einen großen Beitrag zur Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft geleistet. Den Ausbildungserfordernissen kam man jedoch nicht in gleicher Weise nach. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß Unternehmen häufig komplette Ausbildungsmaßnahmen von der Führungsspitze bis in die untersten Ränge benötigen, die eine einzige Hochschule nicht bewältigen kann. Um nun den Ausbildungsbedarf der Wirtschaft decken zu können, muß eine Hochschule künftig mit anderen Stellen und Ausbildungseinrichtungen zusammenarbeiten und die für eine flexible Durchführung erforderlichen Systeme entwickeln. Einem solchen Erfordernis kommen die Pädagogische Hochschule Flensburg und die Handelshøjskole Dänemark Süd (Wirtschaftsuniversität Dänemark Süd) nach. Ab Herbst 1992 bietet die Wirtschaftsuniversität Süd in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Flensburg diesen Studiengang in Flensburg an. Das Studium bereitet unter anderem auf die Tätigkeit als Bildungsmanagerin oder Bildungsmanager in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung sowie die Mitarbeit im außerbetrieblichen Bildungsmanagement vor.

Studiert wird in dänischer und in deutscher Sprache, das bedeutet die Schaffung eines europäischen Studiengangs, durch den mehrere Arbeitsmärkte erschlossen werden können. Die Studierenden lernen durch diesen Studiengang eine andere Kultur kennen und verstehen.

Die Regelstudienzeit beträgt 8 Semester ä 20 Semesterwochenstunden. Das

Curriculum setzt sich zusammen aus erziehungswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Komponenten. Die für den zweisprachigen Studienbetrieb notwendigen Sprachkenntnisse können in Vorkursen an der Pädagogischen Hochschule Flensburg erworben werden. Außer Dänisch- und Deutschkenntnissen sollten auch Englischkenntnisse vorhanden sein. Nach dem 6. Semester besteht die Möglichkeit, eine zusätzliche betriebswirtschaftliche Graduierung zu erwerben, das Dänische HA oder für die deutschen Studierenden den B.A. Nach erfolgreichem Abschluß in den Erziehungswissenschaften (Erwachsenenpädagogik, Psychologie u.ä.) und Wirtschaftswissenschaften (BWL, VWL usw.) wird der Grad einer Magistra oder eines Magisters verliehen. Nach erfolgreichem Abschluß des Magisterstudiengangs besteht die Möglichkeit zu promovieren.

Die Absolventinnen und Absolventen dieses Studiengangs müssen als zukünftige Bildungsmanagerinnen oder Bildungsmanager in der Lage sein, den Bildungsbedarf abzuschätzen, die vorhandenen Bildungspotentiale zu evaluieren und selbst bei der Entwicklung neuer Weiterbildungsformen tätig sein. Hierzu ist sowohl eine pädagogisch-didaktische wie eine wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz notwendig:

- Managementkompetenz zur Organisation, Führung und Verwaltung von Weiterbildungseinrichtungen;
- pädagogisch-didaktische Kompetenz für Organisation und Evaluierung von Lehr- und Lernprozessen bei Erwachsenen;
- Kommunikationskompetenz und Bildungsbedarf zu erkennen, die Motivation, sich weiterzubilden, zu fördern und Firmen sowie andere Institutionen in Weiterbildungsfragen zu beraten.

Auf der Grundlage dieser Kompetenzen müssen Bildungsmanagerinnen und Bildungsmanager zukünftig zusammen mit Unternehmen und die sie vertretenden Organe positive Maßnahmen zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen Hochschule und Wirtschaft mit den Hochschulen formulieren. Sie sollten in der Lage sein, zur Förderung und Erleichterung des Dialogs zwischen Hochschule und Wirtschaft auf allen Ebenen organisierte Verbindungspunkte zu beiden zu markieren. Alle Firmen sollten eine deutlich erkennbare, mit der Personalförderung innerhalb der Firma in Verbindung stehende Bildungs- und Ausbildungsstrategie verfügen. Bildungsmanagerinnen und Bildungsmanager sollten bereit sein, ihre Aufgabe innerhalb der Berufsausbildung zu übernehmen, und zwar im Gesamtinteresse der Wirtschaft und zugunsten einer Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Weil technologische Entwicklungen Veränderungen am Arbeitsplatz bewirken, müssen sie die Notwendigkeit einer Umschulung der vorhandenen Arbeitskräfte rechtzeitig erkennen und projektieren können. Angesichts des schnelleren tech-

nologischen Fortschritts erhält diese Aufgabe neue Dringlichkeit; auch wird eine stärkere Gliederung und eine breiter angelegte Verfügbarkeit erforderlich. Und dies nicht nur, weil Fähigkeiten und Kenntnisse in kürzeren Abständen auf den neuesten Titelseite des deutschsprachigen Prospekts für den neuen deutsch-dänischen Studiengang. Ein ähnlicher Prospekt liegt in dänischer Sprache vor. Stand zu bringen sind, sondern auch weil die Tätigkeit in Wirtschaft und Industrie durch die technologischen Veränderungen in größerem Maße auf technologischem Wissen basieren. Dadurch wird auch eine ständige Anpassung der Qualifikationen der vorhandenen Arbeitskräfte an die derzeitigen Anforderungen erforderlich. Benötigt wird eine allgemeine Verbesserung der Fertigkeiten des Kenntnisstandes und der Qualifikationen. Diese Aufgaben im Bereich der allgemeinen beruflichen Weiterbildung verleihen der Bildungsmanagerin und dem Bildungsmanager eine besondere Bedeutung und stellen an sie besondere Anforderungen bezüglich der Evaluationsfähigkeit, d.h. dem Vermögen, die Notwendigkeit der Bereitstellung von Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer rechtzeitig zu erkennen. Zu diesem Zweck enthält der Studiengang Betriebliche Ausbildung und Management auch das Konzept der Weiterbildung und eine Anpassung durch künftige Möglichkeiten des Lernens und der beruflichen Bildung. Hieraus ergeben sich vorrangig folgende Aufgabenstellungen:

- Analyse der Entwicklung in Bezug auf die benötigten beruflichen Fertigkeiten und Qualifikationen sowie des entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsangebots;
 - Unterstützung innovativer Modelle auf Wirtschafts- und Hochschulebene während der Entwicklungsphase;
- Unterstützung von Pilotprojekten bei der Einführung neuer Unternehmensstrategien, durch die es aufgrund der Anwendung neuer Technologien zu größeren Veränderungen kommt;
- Entwicklung zusätzlicher Netze für die allgemeine und berufliche Weiterbildung auf europäischer Ebene, insbesondere für bestimmte wirtschaftliche und berufsbildungsspezifische Bereiche;
 - Unterstützung innovativer Entwicklungen zur Übertragung von Qualifikationen bzw. Studienleistungen auf europäischen Ebenen in den Tätigkeitsbereichen der Bildungsmanagerin und des Bildungsmanagers;
 - Unterstützung für die Entwicklung eines Systems zur flexiblen Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen auf europäischer Ebene;
 - Unterstützung innovativer Entwicklungen bei der Ausbildung der Ausbilder auf europäischer Ebene.

Der Erfolg des Binnenmarkts hängt von der Fähigkeit des Menschen ab, über

Länder- und Kulturgrenzen hinweg tätig zu werden. Der dänisch-deutsche Studiengang Betriebliche Ausbildung und Management stellt einen Beitrag dar, Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Denkmäler und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein

Sieben Thesen zur Vermittlung von Regional- und Zeitgeschichte

von JÖRN-PETER LEPIEN

Der Beitrag geht auf ein Kurzreferat zurück, das am 26. April 1991 anlässlich einer Gesprächsrunde gehalten wurde, zu der der Arbeitskreis Kultur, Jugend und Sport der Sozialdemokratischen Fraktion im Schleswig-holsteinischen Landtag Wissenschaftler und Politiker nach Rickling geladen hatte. Auf Wunsch der Veranstalter wird bei der Begründung der folgenden Thesen nicht zuletzt auf die Erfahrungen Bezug genommen, die der Verfasser als wissenschaftlicher Leiter der 1990 eröffneten Dauerausstellung „Konzentrationslager Ladelund 1944“ im Rahmen einer Neugestaltung der KZ-Gedenk- und Dokumentationsstätte Ladelund sammeln konnte.

Die erste Druckfassung des Referats (Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Nr. 40, Dez. 1991, S. 13-18) wurde nochmals überarbeitet. Zur Revision der Thesen bestand indessen kein Anlaß.

1. Denkmäler und Gedenkstätten sind Ausdruck des jeweiligen Zeitgeistes.

Sie sagen meist mehr über die Erbauer und den Geist ihrer Zeit als über ihren Gegenstand aus. Der 1862 auf dem Alten Friedhof in Flensburg enthüllte Idstedt-Löwe zum Beispiel sagt gar nichts über die Toten der Schlacht von 1850 und wenig über den scheinbaren dänischen Sieg bei Idstedt aus. Wohl aber kann er uns Aufschlüsse über das damalige Selbstverständnis nationaldänischer Kreise in Schleswig und im Königreich vermitteln, das mit umgekehrtem Vorzeichen auch die deutschen Nationalisten beherrschte.

Die gewaltigen Bismarckdenkmäler aus kaiserlichen Zeiten erfassen kaum die komplexe Persönlichkeit und Politik des Dargestellten. Sie sind eher Ausdruck bürgerlichen Machtbewußtseins und nationalistischer Überheblichkeit. Und angesichts einer erstarkenden Sozialdemokratie mögen sie auch als Ruf nach dem „starken Mann“ zu verstehen sein, der ausgerechnet in der Person Gestalt gewinnt, die so viel zur politischen Entmündigung des Bürgertums beigetragen hat.

Die vielen „Heldengedenkstätten“ für die Toten des 1. und 2. Weltkrieges auf unseren Friedhöfen sagen nichts über die Grausamkeit des Krieges, sondern wollen meist den sinnlosen Tod auf dem Schlachtfeld zur sittlichen Tat verklä-

ren. Ebenso ist das Kriegsdenkmal an der Kieler Außenförde nicht dem realen Leiden und Sterben der Marinesoldaten gewidmet - es handelt sich eher um den Versuch von scheinbar zu kurz Gekommenen, unter dem Eindruck von Versailles eine Weltmachtstellung des Deutschen Reiches weithin sichtbar einzuklagen.

Die Nationaldenkmäler der jüngsten Vergangenheit sagen wenig über die Umstände der deutschen Teilung und manches über die wirklichen oder vorgebliebenen Sehnsüchte der fünfziger oder sechziger Jahre aus.

Denkmäler und Gedenkstätten sind also meist weniger rational als emotional vermittelt. Vielleicht werden sie gerade deshalb oft schon vor ihrer Errichtung zu Steinen des Anstoßes oder rufen bei späteren Generationen aggressive Reaktionen hervor.

Was für Denkmäler älterer Prägung gilt, trifft auch für Stätten zu, an denen demokratisches Bewußtsein - selten genug - der Opfer politischen Terrors mahnend gedenkt. Hier wird zum einen politisches Wollen sichtbar, zum anderen die Mitleidenschaft, die persönliche Betroffenheit der Erbauer. Und das ist gut so!

2. Als Ausdruck des Zeitgeistes sind Denkmäler und Gedenkstätten Brücken zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Ein seines Schwertes entledigter Bismarck an einer verkehrsumwogten Bushaltestelle in der Nähe des Kieler Theaters verklammert augenfällig das Damals und das Heute. Ein „Ehrenmal“ in Laboe, das sich ebenso naiv wie gedankenlos zum militaristischen Geist der zwanziger und dreißiger Jahre bekennt, läßt die Kontinuität und die in diesem Falle erschreckende Aktualität von Geschichte handgreiflich werden. Der ehemalige KZ-Lagerplatz in Ladelund, wo außer dem ursprünglichen Baumbestand kein Überrest des Lagers erhalten ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Umgang mit der Vergangenheit im bundesrepublikanischen Deutschland. Dasselbe gilt - im positiven Sinne - für den Gedenkstein, der 1985 am Rande des Platzes errichtet wurde und auf die Würde des Menschen hinweist, die nicht nur hier mit Füßen getreten wurde.

Denkmäler sind also Überreste ihrer Entstehungszeit, die in ihrem heutigen Umfeld sichtbar auch auf die Nachgeschichte bis ins Jetzt verweisen. Sie rütteln an unserem Selbstverständnis in unserer Beziehung zu Vergangenheit und Gegenwart. Es handelt sich also um historische Quellen besonderer Qualität.

3. Denkmäler und Gedenkstätten müssen als wertvolle historische Quellen vor dem Zugriff von Bilderstürmern bewahrt werden.

Sie sind Teil unserer Tradition, der wir nicht entrinnen können. Soweit sie unse-

ren heutigen Vorstellungen entsprechen, ergeben sie kaum Probleme. Die Frage ist eher, wie wir mit einem vergegenständlichten Traditionsstrang umgehen, den wir ablehnen und aus demokratischer Verpflichtung auch ablehnen müssen. Der Bildersturm ist jedenfalls nicht der richtige Weg, selbst wenn er Tradition hat, auch in unserem Lande. So wurde der Ildstedt-Löwe von H.W. Bissen als Symbol für den dänischen „Sieg“ von 1850 nach dem „siegreichen“ Krieg von 1864 von zürnenden deutschen Bürgern bei dem Versuch beschädigt, ihn von seinem Sokkel zu entfernen. „Ein unwürdiger Gedanke“, meinte Bismarck dazu, „die Denkmäler früherer feindlicher Siege ... zu vernichten oder auch nur zu entfernen.“ Ob er geahnt hat, daß er später selbst - in Stein oder Erz verformt - so manchem Anschlag zum Opfer fiel?

Heute befinden sich bei uns die zahllosen Nationaldenkmäler der zweiten Generation in akuter Gefahr. Nicht jeder Gedenkstein hat so viel Glück wie der „Oder-Neiße-Stein“ in Satrup, der die Grenzen von 1937 reklamiert: Von der Gemeinde-Vertretung 1990 als „nicht mehr zeitgemäß“ auf den Hinterhof eines Steinmetzmeisters verbannt, ist er 1991 nach Protesten von Heimatvertriebenen auf seinen alten Platz auf dem örtlichen „Ehrenfriedhof¹“ zurückgekehrt. Die gute Absicht des Gemeinderats hat sich als hilflose Geste und, mehr noch, als ein Akt der Verdrängung erwiesen. Mit der Entfernung dieses und anderer Denkmäler würde man sich nämlich der Verpflichtung entziehen sowie der Möglichkeiten berauben, sich mit solchen historischen Zeugnissen kritisch auseinanderzusetzen. Selbst Ärger kann ein Movens für Erinnerungsarbeit sein.

Diese Erinnerungsarbeit im Sinne Margarete Mitscherlichs ist gewiß auch in den Gebieten jenseits des aufgezogenen Eisernen Vorhangs vonnöten. Bei allem Verständnis für die Emotionen, die die Monumente des Marxismus-Leninismus dort bei manchen Bürgerinnen und Bürgern hervorrufen, bleibt doch festzuhalten, daß Gewalt gegen Geschichte den mühevollen Prozeß der historischen Selbstverständigung keinesfalls ersetzen kann.

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, mit dem Abriß mißliebiger oder unbequemer Relikte auch den Geist eliminieren zu können, der die Akzeptanz des Denkmals oder der Gedenkstätte bis in unsere Tage bewirkt hat. Die Chancen für die offene Auseinandersetzung mit einer als gefährlich erkannten Ideologie und nicht mehr akzeptablen politischen Zielen sollten in einer pluralistischen Gesellschaft nicht vertan werden. Wer diese Chancen als angeblich geschichtsbewußter Bürger bewußt nicht nutzt, muß sich den Verdacht gefallen lassen, daß es ihm an Distanz zur eigenen Tradition und damit auch zur eigenen Gegenwart fehlt.

4. Gedenkstätten und Denkmäler sind nicht sakrosankt.

Selbst wenn sie etwa eine militaristische Ideologie verkörpern und die Gewalt verherrlichen, sollten sie erhalten bleiben als Anschauungsstücke, aus denen sich historisch-politische Lehren für Gegenwart und Zukunft ziehen lassen, manchmal auch als kunsthistorisch interessante Objekte. In einigen Fällen, zum Beispiel bei gewissen Relikten der nationalsozialistischen Epoche, ist freilich nur eine museale Konservierung sinnvoll und praktikabel. In der Regel aber sollte vergegenständlichte Vergangenheit an ihrem von den Erbauern gewählten Platz verbleiben.

Um aber beim uneingeweihten Betrachter Mißverständnissen vorzubeugen und mit Rücksicht auf die Gefühle in- und ausländischer Besucher, wird es sich empfehlen, diese historischen Zeugnisse mit sachlich-kritischen Informationen zu versehen, und zwar nicht bloß über den Gegenstand des Denkmals, sondern auch über die Sicht der Erbauer und den späteren Umgang mit dem historischen Relikt. Dies ist in einzelnen Fällen auch bereits geschehen. So hat man auf Proteste von Bürgerinnen und Bürgern den Gedenkstein für die Kappisten auf der Schleswiger Schloßinsel durch eine schlichte Tafel mit knappen Informationen ergänzt - eine gelungene Lösung. Bei einem monumentalen Bauwerk wie dem sog. 76er-Denkmal in Hamburg oder dem Marine-„Ehrenmal“ in Laboe wird dieser Weg nicht ausreichen. Hier ist eher an eine grundlegende Neugestaltung zu einer Antikriegsstätte bei weitgehendem Erhalt der vorhandenen Substanz zu denken. Ob man dabei, wie in Hamburg, zu einer eher künstlerischen Lösung greift oder auf eine umfassende historische Information setzt, wofür ich am ehesten plädieren möchte, wäre im Einzelfall zu prüfen.

Nur dann können die in ihnen liegenden Erkenntnismöglichkeiten in der Bildungsarbeit voll genutzt werden. Sie sprechen nämlich ihrer Natur nach nur bedingt für sich selbst.

So ermöglicht die Gedenkstätte für die Toten der deutsch-dänischen Kriege auf dem Alten Friedhof in Flensburg mit ihren Gräbern und Denkmälern eine Begegnung mit dem 19. Jahrhundert und mit Traditionen, die bis ins Jetzt reichen. Über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen der Kriege, über die Realität des Todes auf den Schlachtfeldern von Idstedt oder Düppel aber erfährt man unmittelbar nur wenig. Geschichte wird hier frag-würdig.

Eine ehemalige Synagoge wie die in Rendsburg vermag zwar einiges an authentischer Anschauung zu vermitteln, spiegelt aber für sich genommen das ausgelöschte jüdische Leben in unserem Lande nur höchst unvollkommen wi-

der. Die Massengräber im Rahmen der Ladelunder Gedenkstätte und die dort errichteten Denkmäler lassen das Ausmaß des Todes erkennen - die Umstände des Leidens und Sterbens all der einzelnen Menschen können die Besucher nur erahnen. Ein ehemaliger Lagerplatz, der landwirtschaftlich genutzt wird oder brach liegt, läßt immerhin die Umriss des KZ und vielleicht den Standort der Baracken ersehen, die Schreie der gepeinigten Häftlinge aber bleiben den heute über das Gelände wandernden Menschen verborgen. Auch ein Denkmal vermag daran nicht viel zu ändern, schon gar nicht, wenn es ob seines Abstraktionsgrades erhebliche Anforderungen an die Besucher stellt, wie das künstlerisch gestaltete Mahnmal in Husum-Schwesing.

Man fühlt sich durch die Authentizität der Stätte und manchmal durch Denkmäler in heilsamer Weise betroffen, betroffen über das damalige Unrecht, betroffen über den oft achtlosen Umgang mit der Vergangenheit - aber auch erschreckt darüber, daß man so wenig weiß über das Damals und seine Nachgeschichte.

Das heißt, Denkmäler und Gedenkstätten rufen bei vielen Besucherinnen und Besuchern das Bedürfnis hervor, die ahnende Betroffenheit durch rational begründete Sachinformation zu ergänzen. Wissenschaft und Laienforschung sind aufgerufen, entsprechende Fakten zu erarbeiten und sie für Interessierte bereitzustellen. Hier bieten sich die verschiedensten Möglichkeiten an: das klassische Medium der Publikation und der Vortrag ebenso wie die sparsame Schautafel vor Ort oder der (Video-)Film.

Die aufwendigste, zugleich aber auch wirkungsvollste Möglichkeit ist sicher die Einrichtung eines Dokumentenhauses vor Ort. Die Besucher werden in ihrem aktuellen Wissensdrang nicht allein gelassen und können durch eine Ausstellung vergleichsweise umfassend informiert werden. Die primär mit optischen Mitteln arbeitende Rekonstruktion wird mit der begrenzt authentischen Situation unmittelbar verknüpft.

Diesem konzeptionellen Gedanken folgend hat die Kirchengemeinde Ladelund 1990/91 im Rahmen der dortigen KZ-Gedenkstätte ein Gebäude mit einer ständigen Ausstellung errichtet. Wenn, wie im Falle der Gedenkstätte auf dem Alten Friedhof in Flensburg, in unmittelbarer Nähe ein Museum bereits vorhanden ist, kann von idealen Voraussetzungen gesprochen werden. Vielleicht werden die Verantwortlichen bei der Neugestaltung des Städtischen Museums in Flensburg diesem Umstand Rechnung tragen.

Daß auch eine Ausstellung die Vergangenheit nur unvollkommen und unvollständig darstellen kann, bedarf kaum der Erwähnung. Wo, wie in Ladelund, ein Gruppen- und Medienraum zur Verfügung steht, kann in eine vertiefende Analyse bereits vor Ort eingetreten werden.

Trotz der genannten Probleme und Einschränkungen ist m.E. unter pädagogi-

schen Gesichtspunkten festzustellen:

6. Denkmäler und Gedenkstätten bieten besondere didaktische und methodische Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt.

Geschichte wird hier gegenständlich und vergleichsweise authentisch präsent. Der Gegenstand selbst kann also beim Besuch einer Gedenkstätte oder der Analyse eines Denkmals vor Ort in den Unterricht einbezogen werden. Was selbst die besten Unterrichtsmedien, auch das Museum oder das Archiv, nicht zu leisten vermögen, wird hier möglich: Die Quelle wird am originalen Ort und in ihrer historisch zu verstehenden Verfremdung, in den richtigen Größenverhältnissen und Farben sicht- und greifbar.

Die Fragwürdigkeit und die Betroffenheit, von denen hier die Rede war, und die daraus folgende Motivation zu lernen, werden erfahrungsgemäß durch den lokalen und regionalen Bezug von Gedenkstätten und Denkmälern gesteigert. Schülerinnen und Schülern wird ebenso wie Erwachsenen zum Beispiel augenfällig, daß national motivierte Gewalt auch zu ihrer eigenen Tradition gehört, und daß Menschen während der NS-Zeit nicht allein im fernen Auschwitz geschunden wurden, sondern auch hier - bei uns. Das überschaubare landesgeschichtliche Exemplum hat sich in diesem Zusammenhang als besonders geeignet erwiesen, Geschichte relativ konkret zu erfahren.

Ein Vorzug der zum Teil spärlichen Überreste im Lande Schleswig-Holstein mag darin bestehen, daß sie gerade wegen ihrer Spärlichkeit die Besucher zum Nach- und Weiterdenken, aber auch zum Mitfühlen zu motivieren vermögen - analog dem Vorgang, den man in der Kunst wohl Minimaleffekt nennt. Freilich bedarf es dazu auch der Hilfe von Fachleuten.

Hier kann Erinnerungsarbeit auf den verschiedensten Ebenen geleistet werden. Über die private Beschäftigung und den Unterricht hinaus gibt es Beispiele dafür, daß Gedenkstätten und Denkmäler zum Anstoß für eigenständige Recherchen oder gar eigenes Forschen von Projektgruppen Jugendlicher werden können. So sind 1986 zwölf junge Leute aus sieben europäischen Nationen im Rahmen eines Camps der Service Civil International (SCI) der Geschichte des Flensburger Löwendenkmals nachgegangen und haben auch bei Restaurierungsarbeiten auf dem Alten Friedhof Hand angelegt. - Der Besuch einer Schülergruppe der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule in Ladelund 1982 wurde zum Ausgangspunkt eines größeren Forschungs- und Ausstellungsprojekts. Die 1984 durch die Projektgruppe fertiggestellte Wanderausstellung führte zu dem Entschluß der Kirchengemeinde, mit einem Dokumentenhaus einen dauerhaften

Ort wissenschaftlich fundierter Information und mit dieser Bildungs- zugleich eine Begegnungsstätte zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sei auch die fächerübergreifende Arbeit einer Klasse der genannten Schule an der Gestaltung eines Lagermodells für die neue Dauerausstellung in Ladelund erwähnt. Die Schülerinnen und Schüler haben „durch persönliche Erfahrung und sachlich prüfend in ihr Bewußtsein genommen, wie verhängnisvoll es sein muß, wenn unsere Erinnerungsbereitschaft und unsere Erinnerungsfähigkeit verblassen, wenn der Wille zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit abnimmt oder verdrängt wird und dabei gleichzeitig auch die Sensibilität für Recht, Freiheit, Toleranz und Menschenwürde verlorengeht und die Widerstandsfähigkeit gegenüber neuen Gefährdungen erlahmt“. So hat es der Leiter der Auguste-Viktoria-Schule, Henry Mohrdieck, in den Grenzfriedensheften (1/1991) formuliert.

Ein hoher pädagogischer Stellenwert kommt auch der Erinnerungsarbeit mit Hacke und Spaten zu. Die Arbeit Jugendlicher auf Kriegsgräberstätten hat Tradition, ebenso mittlerweile ihr Beitrag zum Erhalt und Ausbau von KZ-Gedenkstätten. Nationale und internationale workcamps finden nicht allein in Majdanek und Neuengamme, sondern zum Beispiel auch im schleswig-holsteinischen Dorf Ladelund statt. Ergänzt durch historisches Bemühen, können solche workcamps als Akte praktischer Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialismus und unter dem Aspekt der Völkerversöhnung nicht hoch genug eingeschätzt werden. - Sie stellen eine Möglichkeit dar, die großen Chancen tätig zu nutzen, die Denkmäler und Gedenkstätten als wesentliche Elemente unserer Tradition bieten.

Die Debatte um den Idstedt-Löwen

von ARTUR THOMSEN

Ein halbes Jahr ist vergangen, seitdem die Grenzfriedenshefte in ihrer Ausgabe 1/92 die diesjährige Diskussion um die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg eröffneten. Mindestens eines kann man heute sagen: Es ist schon lange nicht mehr so ausgiebig, so gründlich - auch so heftig? - darüber diskutiert worden. Befürworter und Gegner der Rückführung des 130 Jahre alten Denkmals haben ihre Meinungen vorgetragen, ihre Argumente - oder was sie dafür hielten - gegeneinandergestellt. Hier soll versucht werden, die Auffassungen beider Seiten zusammenzufassen, ein wenig zu ordnen und übersichtlich darzustellen. Als Quelle dienen in erster Linie Leserbriefe einzelner Personen und resolutionsartige Meinungsäußerungen von Verbänden, Presseberichte in deutschen und dänischen Zeitungen des Grenzlandes, zum Teil auch in großen dänischen Tageszeitungen. Die Debatte begann - wie gesagt - mit dem Grenzfriedensheft Nr. 1/92, das in der ersten Aprilwoche erschien und in mehreren Artikeln, u.a. von Arne Gammelgaard und Rolf Lehfeld, für die Rückkehr des Löwendenkmal plädierte. Auffällig war wohl vor allem das Votum des Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, der auch Verfasser dieser Zeilen ist *für* die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen auf dem Alten Friedhof in Flensburg, auffällig deshalb, weil Artur Thomsen in früheren Stellungnahmen anders votiert hatte. Er begründete seine Meinungsänderung mit dem Wandel des Zeitgeistes, der im zusammenwachsenden Europa auch zwei Völkern im selben Lande erlauben müsse, ihre historischen Erinnerungen zu pflegen. Als ehemaliger Lehrer und Leiter einer benachbarten Schule, der oft mit Schülern das Gräberfeld auf dem Alten Friedhof besucht hatte, war er außerdem der Meinung, daß ein wirkliches Denkmal, vor dem man steht, das man betrachten kann, Geschichte „begreiflicher“ macht als bloße Bilder, die man Kindern zeigt und erläutert. Schließlich geben Denkmäler den Geist bzw. das Denken *ihrer* Zeit wieder; sie sind nicht Zeitzeugen der Gegenwart, sondern der Geschichte. Beachtung fanden diese Äußerungen zunächst nur bei Befürwortern der Rückkehr, vor allem auf dänischer Seite, z.B. in Flensburg Avis. Als Sønderjysk Måvedsskrift im Juni den Thomsen-Artikel sogar in dänischer Übersetzung brachte, reagierte auch die Presse in Dänemark, so Det fri Aktuelt am 16. Juni, einen Tag später auch Berlingske Tidende. Beide Zeitungen begrüßten die Verbesserung der Chancen für eine „Heimkehr“ des Idstedt-Löwen.

Gegner dieser Auffassung meldeten sich erst zum Jahrestag der Schlacht bei Idstedt zu Wort, also am und nach dem 25. Juli; und niemand von ihnen nahm

ausdrücklich Bezug auf das Grenzfriedensheft. Absicht oder Zufall? Selbst in der am weitesten verbreiteten Tageszeitung südlich der Grenze blieben unser Heft und unsere Meinung lange Zeit unerwähnt, bis das Blatt wohl nicht mehr anders konnte und nun mit eigenen Beiträgen und Leserbriefen vor allem *gegen* die Rückkehr des Löwen Stellung bezog bzw. beziehen ließ. Hauptargumente waren der Hinweis auf die guten deutsch-dänischen Beziehungen und die Befürchtung, mit dem Denkmal auf dem Alten Friedhof könnte sich dieses Verhältnis nur verschlechtern. Wieso eigentlich?

Der Flensburger Historiker Gerd Vaagt erklärte dies, indem er auf den nationalistischen Überschwang hinwies, der auf dänischer Seite mit der Errichtung des Denkmals verbunden war, z.B. auf das Sieghafte des riesigen Monuments und auf die Pietätlosigkeit, mit der Gräber entfernt worden seien, um Platz für den Löwen zu schaffen. Diese Fakten kann man vielleicht nicht bestreiten, auch nicht, daß es bereits vor der Aufstellung des Löwen auch warnende dänische Stimmen gegeben hatte. Aber ist es nicht seltsam, um nicht zu sagen makaber, wenn gerade wir Deutsche unseren Nachbarn Vorhalten, wie sie vor 130 Jahren die Psyche der Schleswig-Holsteiner verletzt haben, wo wir doch froh sind und sogar für uns in Anspruch nehmen, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit an Taten erinnert werden, die wir erst vor 50 Jahren begangen haben?! Das soll heißen: Wenn die Dänen das Löwendenkmal zurückbringen wollen, dann sollten wir ihnen abnehmen, daß sie nur ein Stück ihrer und unserer gemeinsamen Geschichte zurechtrücken möchten; wir sollten nicht aufs neue nationale Gegensätze dahinter vermuten.

Einen untauglichen Versuch, dänische Zeugen gegen die Rückkehr des Löwen zu zitieren, machte ein Leserbriefschreiber namens Helmut Hansen. Er behauptete schlicht, der Folketingspräsident H.P. Clausen habe gesagt, der Löwe stehe im Zeughausmuseum in Kopenhagen, und da stehe er gut. Als dann Siegfried Matlok und auch H.P. Clausen selbst das Gegenteil feststellten, schwieg Herr Hansen. Wollte er mit wissentlich falschen Behauptungen meinungsbildend wirken? Mehrfach wurde auch von anderen Gegnern der Rückkehr vorgebracht, der Löwe sei ein Siegesdenkmal, kein Ehrenmal für Gefallene, er sei auch viel zu groß für den Platz auf dem Alten Friedhof, auf dem er ursprünglich errichtet worden war; man müsse ja fürchten, daß er besprüht, verunreinigt oder gar beschädigt würde und gerade dadurch die Harmonie im Grenzland Schaden erleiden würde; man müsse gar neue harte Auseinandersetzungen fürchten, wenn der Löwe zurückkomme. Selbst der SHHB-Vorsitzende Uwe Ronneburger äußerte sich in diesem Sinne; er meinte, die friedliche Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland werde durch solche „unzeitgemäßen“ Gesten wie die Rückkehr des Löwen gefährdet.

Nicht nur deutsche, sondern auch dänische Stimmen - wie die des Flensburgers Gerhard Ernst - meinten, der Löwe sollte nicht zurückkommen, weil damit der Grenzfrieden nur beschädigt werden könne. Daß gerade Gerhard Ernst Beifall erhielt in einem Leserbrief aus Neustadt an der Weinstraße, in dem empfohlen wurde, dann wenigstens das Bismarck-Denkmal im Gegenzug nach Nordschleswig zu bringen, sollte man Gerhard Ernst nicht anlasten, auch nicht, daß Siegfried Matlok auf seine dänische Herkunft verwiesen wurde, so als hätte es die Bonn- Kopenhagener Erklärungen nie gegeben. Das waren zweifellos Ausrutscher.

Aber auffällig ist, daß Gegner wie Befürworter der Rückkehr des Löwen mit dem Frieden an der Grenze argumentieren. Die Gegner meinen offenbar, die Deutschen könnten antidänisch reagieren, wenn der Löwe kommt; die Befürworter sagen dagegen, die Dänen könnten antideutsch reagieren, wenn der Löwe nicht kommen darf. Und Gegner wie Befürworter finden sich auf beiden Seiten, bei den Deutschen wie bei den Dänen.

Jörn-Peter Leppien z.B. wendet sich vehement gegen die von Hans W. Pries vertretene These, 1862 könne uns nichts mehr sagen, weil es keine Kriege mehr zwischen Deutschen und Dänen gebe. Das hieße ja, sagt er, eine Beschäftigung mit historischen Themen sei überflüssig, obwohl doch gerade das Lernen aus der Geschichte notwendig sei, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten. Und so könne auch ein nationalistisches Denkmal wie der Idstedt-Löwe uns etwas lehren, was uns helfe, die Zukunft zu gewinnen.

Auch die Europa-Union stimmt mit einer Entschließung in den Chor der Befürworter ein. Sie sagt, die Zustimmung zur Rückkehr des Löwen sei Ausdruck eines toleranten, weltoffenen deutschen Nationalgefühls. Einen rückwärts gewandten Nationalismus könnten wir Deutsche uns im eigenen und im Interesse unserer Nachbarn nicht leisten. Ängstlichkeiten gegenüber einem Denkmal aus dem 19. Jahrhundert seien realitätsblind und anachronistisch.

Selbst die Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave meint, mit der Rückkehr des Löwendenkmal bestehende eine Chance, das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen zu festigen.

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Aussagen zum Thema „Idstedt-Löwe“; gerade in jüngster Zeit sind noch einmal ganze Zeitungsseiten damit gefüllt worden. Wirklich neue Argumente sind dabei jedoch nicht vorgebracht worden.

Die CDU-Fraktion der Flensburger Ratsversammlung hat schließlich den Versuch gemacht, die Löwen-Diskussion zu beenden, und zwar mit dem Beschluß, die Rückkehr des Denkmals abzulehnen. Eine so eindeutige Auffassung kundzutun, auch wenn es kurz vor einer öffentlichen Diskussion des Problems in der Volkshochschule geschieht, ist zweifellos das Recht der CDU. Aber ob dieser

Beschluß die Diskussion beendet, ist doch mindestens fragwürdig. Warum sollten denn die Befürworter in Zukunft schweigen, nur weil die CDU sich entschieden hat?

Schon erklärt der SSW, er wolle eine Löwendebatte in der Ratsversammlung herbeiführen; und Gert Roßberg sagt, es gehe nicht um einen Streit der Parteien, sondern um das persönliche Urteil jedes einzelnen. Irgendwann wird man sich bekennen müssen.

Bei der Übersicht über alle Meinungsäußerungen macht eine Beobachtung jedoch nachdenklich: Alle berufen sich auf den Grenzfrieden, den sie nicht gestört sehen wollen. Die Gegner der Rückkehr sagen, das Löwendenkmal werde, wenn es denn wieder aufgestellt würde, alte Ressentiments wiederbeleben, weil es seinen nationalistischen Charakter als Mal eines Sieges der Dänen nicht abstreifen könne. Sie denken also wohl an die Deutschen, die solche Erinnerungen in unserer Stadt nicht ertragen können oder wollen. Die Befürworter dagegen sagen, gerade die Rückkehr des Löwen werde den Grenzfrieden eher stärken, weil die Dänen in Dänemark und hier froh sein werden, ein Zeugnis ihrer und unserer gemeinsamen Geschichte an seinen „Geburtsort“ zurückbringen zu können. Die Befürworter denken daher also eher an die Dänen und fordern von den Deutschen Großzügigkeit und Toleranz unseren Nachbarn gegenüber. Ich gestehe gern, daß mir diese Einstellung sympathischer ist. Sie wird auch, was den Grenzfrieden betrifft, größere Wirkung haben. Davon bin ich überzeugt.

Nicht überzeugt bin ich von der Auffassung Friedhelm Casparis, der meint, das Problem erledige sich von selbst, wenn wir nur aufhörten, davon zu reden. Der Löwe ist weder „blöd“ noch „dämlich“, wie er meint; und er hat ganz und gar nichts mit dem Krieg in Jugoslawien zu tun. Ganz gewiß gehört er auch nicht zu den großen Problemen unserer Zeit; aber wenn er denn nicht so wichtig ist, wie die Dauer und Heftigkeit der Debatte anzudeuten scheint, warum erfüllen wir dann nicht unseren Nachbarn den Wunsch, das Denkmal wieder nach Flensburg zu bringen, zumal er auch - siehe oben - für uns Deutsche nützlich wäre. Dann wäre nicht nur die Debatte zu Ende, dann wäre ein weiteres Stück - und ich glaube kein kleines - für die Verbesserung des Klimas zwischen Deutschen und Dänen getan. Der Grenzfrieden, den alle wollen, wäre gestärkt.

P.S.: Die oben erwähnte Veranstaltung in der Volkshochschule hat am 15. September stattgefunden. Sie hat mit sog. Argumenten gegen die Rückkehr des Löwendenkmals leider einen erschreckenden deutschen Nationalismus in Kreisen

des konservativen Bürgertums offenbart, den in dieser - polemisch vorgebrachten - Form wohl niemand mehr für möglich gehalten hätte. Dem Grenzfrieden hat das sicher nicht gedient, im Gegenteil.

Gemeinschaftsprojekt Grenzlandmodell ausbaufähig!

Aspekte zukünftiger Minderheitenpolitik*

Von UTE ERDSIEK-RAVE

Europa wird neu gestaltet, es sucht aber immer noch nach einer tragfähigen politischen und ökonomischen Architektur. Aufgrund der revolutionären Veränderungen im Osten Europas können die sich bisher diskutierten minderheitenpolitischen Entwürfe nur in der Spannung zwischen Analyse und Plädoyer halten. In einer offenen historischen Situation, in der sowohl ein Wiederaufleben alter Nationalismen als auch der Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung möglich ist, kommt der Minderheitenpolitik nicht nur größte Bedeutung zu, sie erhält eine neue Dimension.

Der Wegfall der Blockgrenzen öffnet den Blick für die Probleme der anderen deutschen Minderheiten im besonderen und für die Volksgruppen im allgemeinen. Konsequenzen für das Grenzland werden unvermeidlich sein; Innovationskraft, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein gilt es zu verstärken, dann sind wir auf einem guten Weg. Das Grenzlandmodell ist ausbaufähig.

Der Ausgangspunkt der Analyse ist klar: Unser Modell hat zum friedlichen Miteinander zwischen Dänen und Deutschen geführt; die Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze sind heute unverzichtbare soziale Integrationsfaktoren. Weder die jeweilige Innen- noch die Außenpolitik können auf sie verzichten. Es ist deshalb richtig, daß sie auch weiterhin die Aufmerksamkeit finden, die ihnen zukommt. Das Grenzlandmodell ist ein politisches Gemeinschaftsprojekt von hohem Rang.

Trotzdem muß kritisch angemerkt werden, daß eine gewisse Stagnation zu befürchten ist, die sich aus den Grenzen des finanziellen Wachstums ergibt. Es wird in Zukunft zu großen Teilen darum gehen, eine Art Besitzstandswahrung für die jeweilige Minderheit zu sichern. So ist zu hoffen, daß weitere Schwerpunkte und Neuerungen gesetzt werden können, doch muß den Angehörigen der Minderheit klar sein, daß die Spielräume immer enger werden. Phantasie ist

* Dieser Beitrag der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages erschien auch im „Nordschleswiger“ vom 15.8.1992

gefragt.

Die im Grenzland bisher so erfolgreich praktizierte Gesprächsbereitschaft und Fähigkeit zur Toleranz werden ihren Teil dazu beitragen. Mir scheint, die aktuelle Auseinandersetzung um den Löwen von Idstedt, über seinen Standort sowie seine historische und symbolische Bedeutung werden eine gute Gelegenheit zum Dialog sein.

Meiner Meinung nach ist die Stunde der Rückkehr des Löwen gekommen; es wäre schön, wenn die entsprechenden politischen Gremien in Flensburg eine Lösung erarbeiten und durchsetzen könnten, die diese immer wiederkehrende Diskussion endlich beendet. Ich bin sicher, daß hier eine Chance besteht, das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen zu festigen.

Im übrigen bin ich gespannt, welche Ergebnisse die Volkshochschuldiskussion am 15. September in Flensburg bringen wird. Die guten Kontakte zwischen Landtag und Folketing könnten nach der Entscheidung der Flensburger ebenfalls von Vorteil sein. Für die Analyse der Grenzlandsituation wird die Löwen-Lösung, wenn Flensburg dann entschieden hat, sicher eine Rolle spielen. Wir sollten das Wort „Denkmal“ wörtlich nehmen!

Der zweite Schwerpunkt meines minderheitenpolitischen Ansatzes ist die Zuspitzung. Es muß endlich deutlich herausgearbeitet werden, welche Punkte des Grenzlandmodells exportfähig sind. Für diese Arbeit ist die wissenschaftliche Begleitung unverzichtbar, ich werde mich deshalb dafür einsetzen, daß die Etablierung des Minderheiteninstituts im Grenzland voranschreitet. Entsprechende Aktivitäten werden wir über das Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig unterstützen; ich bin sicher, daß die Vertreter des BdN kompetent Hilfestellung geben werden.

In diesen Bereich gehört auch die stärkere Orientierung der Minderheitenpolitik in Richtung Bonn. Wir müssen verstärkt darüber diskutieren, wie die Bonner Abgeordneten und die Bundesregierung in „unsere“ Minderheitenpolitik eingespannt werden können. Eine konkrete administrative Anregung wäre ein eigenes Minderheitenreferat für die Minderheiten und Volksgruppen in der Bundesrepublik und in Europa im Bundesinnenministerium. Dort sind nämlich die Zuständigkeiten für Nordschleswig, für andere deutsche Minderheiten im Ausland, für die Friesen, Sorben oder Sinti und Roma sowie die dänische Minderheit weder verwaltungstechnisch noch inhaltlich in einem Kompetenzbereich.

Ebenfalls wird die Verankerung eines Minderheitenschutzartikels im Grundgesetz von großer politischer Bedeutung sein; die Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat diskutiert bereits Vorschläge. Die von Schleswig-Holstein aus gestartete Initiative muß aber verstärkt werden. Hier sehe ich ein konkretes Aufgabenfeld für mich.

Der dritte Schwerpunkt ist die Ausweitung; ich werde insbesondere den Kontakt zu den neuen Demokratien in Osteuropa versuchen zu vertiefen. Gerade in Bezug auf die deutschen Minderheiten erhoffe ich mir eine intensive Zusammenarbeit mit dem BdN, der in den letzten Jahren Pionierarbeit geleistet hat.

In diesen Zusammenhang gehört auch die stärkere Befassung mit der europäischen Ebene. In den zum Teil sehr unübersichtlich gewordenen Zuständigkeiten und politischen Abläufen ist es wichtig, die Interessen der Minderheiten und Volksgruppen stärker zu akzentuieren. Wir wissen alle, Papier ist geduldig, und Beschlüsse sind noch keine konkrete Politik.

Ich werde versuchen, diesen Gesichtspunkt von Minderheitenpolitik auch mit den bescheidenen Mitteln, über die ein Landesparlament verfügt, zu verdeutlichen. Mir scheint, daß hier noch nicht alle Möglichkeiten wirklich ausgeschöpft sind. Zur Ausweitung gehört auch die Verstärkung der Kontakte. Der Besuch des Ältestenrates beim BdN in nächster Zeit ist ein Anfang, das Nordschleswig-Gremium tagt demnächst in Lügumkloster, und ein Gespräch mit nordschleswigschen Folketingsabgeordneten steht ebenfalls ins Haus.

Und: Ich freue mich sehr auf den Deutschen Tag in Tingleff!

Die Rückkehr des „Ildstedt-Löwen“ von internationaler Bedeutung ... *Entschießung der Europa-Union Flensburg zum heftig diskutierten Thema*

FLENSBURG. In der Überzeugung, daß die Entscheidung über eine Rückkehr des „Ildstedter Löwen“ nach Flensburg nicht nur von lokaler, sondern auch von regionaler, nationaler und internationaler Bedeutung ist, nimmt der Vorstand der Europa- Union Flensburg zu dieser Frage wie folgt Stellung:

1. Die Entscheidung über die Rückkehr des „Ildstedter Löwen“ nach Flensburg ist fällig. Die Diskussion darüber wird Jahr für Jahr im Sommer erneut und inzwischen lange genug geführt. Das weitere Hinausschieben eines Beschlusses dient der Sache nicht, schadet aber dem Ansehen Flensburgs.
2. Der Vorstand der Europa-Union Flensburg bittet die Flensburger Ratsversammlung, sich bald und möglichst mit großer Mehrheit für eine Rückführung des Löwen nach Flensburg auszusprechen. Einstimmigkeit ist in der Demokratie eine Ausnahme. Sie sollte nicht zur Bedingung für die Lösung des Problems gemacht werden.
3. Die Sorge, Nationalisten beider Seiten könnten das Denkmal mißbrauchen und dadurch Unruhe in die Grenzregion bringen, teilen wir nicht. Die Normalität des guten Zusammenlebens von Deutschen und Dänen ist so weit fortgeschritten, daß einzelne Fanatiker, die es überall gibt, sie nicht nachhaltig stören können. Richtige Entscheidungen im Interesse der Mehrheit der Deutschen und Dänen dürfen nicht von wenigen Fanatikern blockiert werden.
4. Die Frage, ob das Denkmal künstlerischen Ansprüchen genügt, sollte die Entscheidung nicht beeinflussen. Was Kunst ist, wird immer umstritten sein. Der Alte Friedhof ist kein Kunstmuseum, er ist auch nicht der einzige mögliche Standort für das Denkmal, sofern sich über einen anderen Einigkeit erzielen läßt. Worum es geht, ist in erster Linie eine politische Entscheidung. Das Denkmal steht „auf Abruf“ in Kopenhagen.
Die Verweigerung des „Abrufs“ ist ein Politikum. Sie hat Folgen, die den deutschdänischen Beziehungen bestimmt nicht nutzen. Der vollzogene „Abruf“ würde sich dagegen positiv auf diese Beziehungen auswirken.
5. Die Entscheidung für eine Rückkehr des Löwen wäre Ausdruck eines toleranten, selbstsicheren, weltoffenen und auf gute europäische Nachbarschaft ausgerichteten deutschen Nationalgefühls. Das brauchen wir, wenn wir die Zukunft erfolgreich bestehen wollen!

Unsere europäischen Nachbarn haben der Wiedervereinigung Deutschlands zugestimmt, wobei sie sich des Machtzuwachses des größeren deutschen Staates

und damit der relativen Machteinbuße ihrer eigenen Staaten bewußt waren. Für eine gute Nachbarschaft hängt viel davon ab, wie wir Deutschen mit der neuen Situation umgehen. Einen ressentimentgeladenen, engen, rückwärts gewandten Nationalismus können wir uns im eigenen und im Interesse unserer Nachbarn nicht leisten. Heute noch eine Provokation darin zu sehen, daß der Löwe im 19. Jahrhundert nicht nur dem Totengedenken diene, sondern auch als dänisches Siegesmal verstanden wurde, zeugt von einem labilen Nationalbewußtsein. Eine solche Labilität bewirkt Mißtrauen, weil sie leicht in einen übersteigerten Nationalismus umschlägt.

6. Die häufig als „europäisches Modell“ gerühmte gute Situation in der deutsch-dänischen Grenzregion darf kein Anlaß für ein selbstzufriedenes Ausruhen auf dem Erreichten sein. Die nationalistische Vergangenheit, die das Denkmal symbolisiert, und die aktuellen Minderheitenkonflikte in Europa erinnern uns daran, daß ein so friedliches Zusammenleben keine Selbstverständlichkeit ist. Soll es Dauer haben, muß täglich an ihm gearbeitet werden. Der Rat, die Vergangenheit dem Vergessen zu überantworten, ist deshalb nicht hilfreich. Ohne sich der gemeinsamen Vergangenheit, zu der auch konfliktreiche Zeiten gehören, bewußt zu sein, ist eine gemeinsame gute Zukunft für Deutsche und Dänen nicht zu gewinnen.

Angesichts der schweren Aufgaben in Gegenwart und Zukunft, die Deutsche und Dänen in der Grenzregion soweit wie möglich gemeinsam und ohne Furcht angehen sollten, sind Ängstlichkeiten gegenüber einem Denkmal aus dem 19. Jahrhundert realitätsblind und anachronistisch.

Gert Rossberg, Vorsitzender
aus: Nordschleswiger, 14.8.1992

Deutscher Grenzverein möchte sich stärker im Bewußtsein der Bevölkerung verankern

Im Mittelpunkt der jüngsten Mitgliederversammlung des Deutschen Grenzvereins e.V. in Flensburg stand die erste Lesung des neuen Gesamtprogramms dieses größten Kultur- und Weiterbildungsträgers im Landesteil Schleswig. Das Konzept, das richtungsweisend neue Akzente setzt, soll das Gesamtprogramm aus dem Jahr 1976 ablösen und auf der nächsten Mitgliederversammlung am 25. September d.J. verabschiedet werden. Bis dahin sind die Mitglieder und Mitarbeiter des Deutschen Grenzvereins aufgerufen, den Programmentwurf zu diskutieren und Änderungsanregungen einzubringen. Der Vorsitzende des Grenzvereins, Prof. Dr. Albert von Mutius, machte vor den Mitgliedern die Notwendigkeit deutlich, die Organisation stärker im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Dabei müsse auch die Funktion des Grenzvereins als Anwalt des

Landesteils Schleswig öfter in den Vordergrund treten, indem sich der Vorstand künftig zu zentralen politischen Fragen äußern sollte. Hier nannte Vorsitzender Prof. von Mutius als Beispiele Stellungnahmen zu wichtigen Standortentscheidungen wie den Sitz der Umweltakademie oder der neuen Hotelfachschule.

Der Grenzvereinsvorsitzende bot ferner an, die Kontakte und Kooperation mit anderen Organisationen der Grenzregion, auch die zur dänischen Minderheit, zu erweitern und auszubauen. Außerdem regte Prof. von Mutius eine Veränderung und Straffung der Strukturen der Gremien des Grenzvereins an. Er setzte sich auch dafür ein, die Mitgliederstruktur des Vereins für neue einzelne und juristische Mitglieder, wie z.B. Firmen, zu öffnen. „Doch erst die programmatische Arbeit, dann strukturelle Veränderungen“, meinte von Mutius. In dieser Hinsicht legt der gut zwanzigseitige Entwurf des neuen Gesamtprogramms die besondere und nunmehr zu erweiternde Aufgabenstellung des Deutschen Grenzvereins fest, worauf letztlich seine Existenz beruht. Diese Aufgaben ergeben sich nach wie vor aus den politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Besonderheiten der historischen Entwicklung in der deutsch-dänischen Grenzregion. Der Grenzverein sieht sich dabei insbesondere in der Verantwortung, für die Offenheit von Veränderungen angesichts des zusammenwachsenden Europas einzutreten, wesentliche Beiträge zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit zu leisten und an der Schaffung eines eigenständigen, grenzüberschreitenden Profils dieses Grenzraumes im Europa der Regionen maßgebend mitzuwirken.

„Kulturarbeit ist immer ein Zusatzgeschäft“, war eine der weiteren Aussagen des Grenzvereinsvorsitzenden. Daß dieses „Geschäft“ im Zeichen immer knapper werdender öffentlicher Finanzmittel schwieriger geworden ist, mußte der Generalsekretär des Grenzvereins, Dr. Armin Schütz, verdeutlichen. Nur drastische Einsparungen, die zu Leistungsminderungen führen mußten, machten einen ausgeglichenen Haushalt 1991 (Einnahmen und Ausgaben jeweils 21,3 Millionen DM) möglich, erklärte Dr. Schütz. Die erheblichen Einschränkungen schlugen sich im Bereich der Bildungseinrichtungen nieder, wo Personalkosten durch die Nichtbesetzung freigewordener Stellen eingespart wurden. Trotz dieser Reduzierungsmaßnahmen konnte der Haushalt 1992 (Einnahmen und Ausgaben jeweils 21 Millionen DM) nur durch Kreditaufnahmen in Höhe von 125.000,- DM, die im Bildungsbereich eingesetzt werden, zum Ausgleich gebracht werden.

An der Mitgliederversammlung nahmen auch der Beauftragte des Ministerpräsidenten für Grenzland- und Minderheitenfragen, Kurt Schulz, sowie Ministerialrat Wolfgang Neumaier als Vertreter des Kultusministeriums teil.

*Pressemitteilung des Deutschen
Grenzvereins, 29.06.1992*

Computerspiel:

„Deutsche totschiagen“

KOPENHAGEN (pv). Dänemarks Außenminister Uffe Ellemann-Jensen hat sich auf das Hauen und Stechen verlegt – auf böse Deutsche, die er gleich reihenweise umlegt. So zumindest in einem Computerspiel, das die renommierte Kopenhagener Tageszeitung „Politiken“ ihren Lesern zum Kauf anbietet. Chefredakteur Herbert Pundik ist dagegen von der Eigenwerbung in seinem Blatt mit der Überschrift „Uffe schlägt die Deutschen“ offenbar wenig begeistert.

„Daß in dem Text von den Deutschen und nicht Nazis gesprochen wird, ist unglücklich“, erklärte Herbert Pundik auf Anfrage unserer Zeitung und fügte hinzu: „Schließlich ist es nicht mehr zeitgemäß, Deutsche zu erschießen. Ich habe allerdings nichts dagegen, wenn in einem Videospiel Nazis erschossen werden.“ Eine weitere Stellungnahme lehnte die Chefredaktion ab.

Im Kopenhagener Außenministerium wurde die Mitteilung des Blattes, der Minister habe das Spiel bereits bestellt, strikt zurückgewiesen. Die Zeitung selbst sieht in dem Computerspiel eine Variante des von den Dänen stets mit Eigenlob versehenen dänischen Humors, eine Form der Lebensfreude, die im Königreich den Deutschen schlicht abgesprochen wird.

„Wenn Du Dich ihnen nicht anschließen kannst, dann schlage sie“, hatte der fußballbegeisterte, liberale Außenminister Uffe Ellemann-Jensen nach dem dänischen Sieg über Deutschland im Endspiel um die Fußball-Europameisterschaft scherzhaft erklärt, nachdem die Dänen wenige Tage zuvor in einer Volksabstimmung die Verträge von Maastricht abgelehnt hatten. Dieser Ausspruch des Ministers liegt der Philosophie des Spiels zugrunde. Da befindet sich Uffe Ellemann-Jensen in der neunten Etage eines tiefen Kellers des Schlosses Wolfenstein, umgeben von bösen Deutschen in Wehrmachtsuniformen. Nachdem er seinen Zellenwächter übermannt hat, geht der Außenminister blutrünstig gegen die übermächtigen Deutschen vor.

Flenburger Tageblatt, 15.7.1992

Makaber

Computerspiel „Schloß Wolfenstein“

Wer sich für Computerspiele interessiert, darf nicht zimperlich sein. Hier darf geschossen, gemordet, gefoltert oder vergewaltigt werden. Der Computer simuliert eine Phantasiewelt ohne Grenzen, in der sich jedermann austoben kann. Doch können sich die Geister, die man per Joystick ruft, nicht eines Tages in den

Köpfen der Menschen festsetzen? Und dürfen wir uns angesichts zunehmender Gewalt auf den Bildschirmen wundem, wenn der Spuk plötzlich Realität wird? Schlimm, daß Neo-Nazis in Deutschland Computerspiele vertreiben, bei denen Juden gefoltert und getötet werden. Die Ermittlungsbehörden müssen rigoros gegen Dealer und Produzenten solcher Machwerke vorgehen. Wer erklärt, das ganze sei nur ein Spiel, besitzt weder Anstand noch Moral.

Ebensowenig haben die Abenteuer auf „Schloß Wolfenstein“ etwas mit einer besonderen Art von Humor zu tun. Die Dänen würden schließlich auch nicht lachen, wenn ein vom Ausgang des dänischen EG-Referendums enttäuschter EG-Präsident Jacques Delors auf einem Computerspiel serienweise europamüde Nordlichter killen würde.

Schlimm genug, daß Gewalt auf dem Bildschirm einigen Menschen offenbar besondere Freude bereitet. Doch sollten seriöse Medien wie die angesehene dänische Tageszeitung „Politiken“ nicht auch noch Werbung dafür machen, geschweige denn es selbst vertreiben. Machen wir – wie es sonst auch Art des liberalen dänischen Blattes ist – lieber Reklame für ein vereintes Europa, in dem Ressentiments abgebaut werden. Nicht nur auf dem Computer, sondern in der Wirklichkeit.

*Kommentar von Stephan Richter,
Flensburger Tageblatt, 15.7.1992*